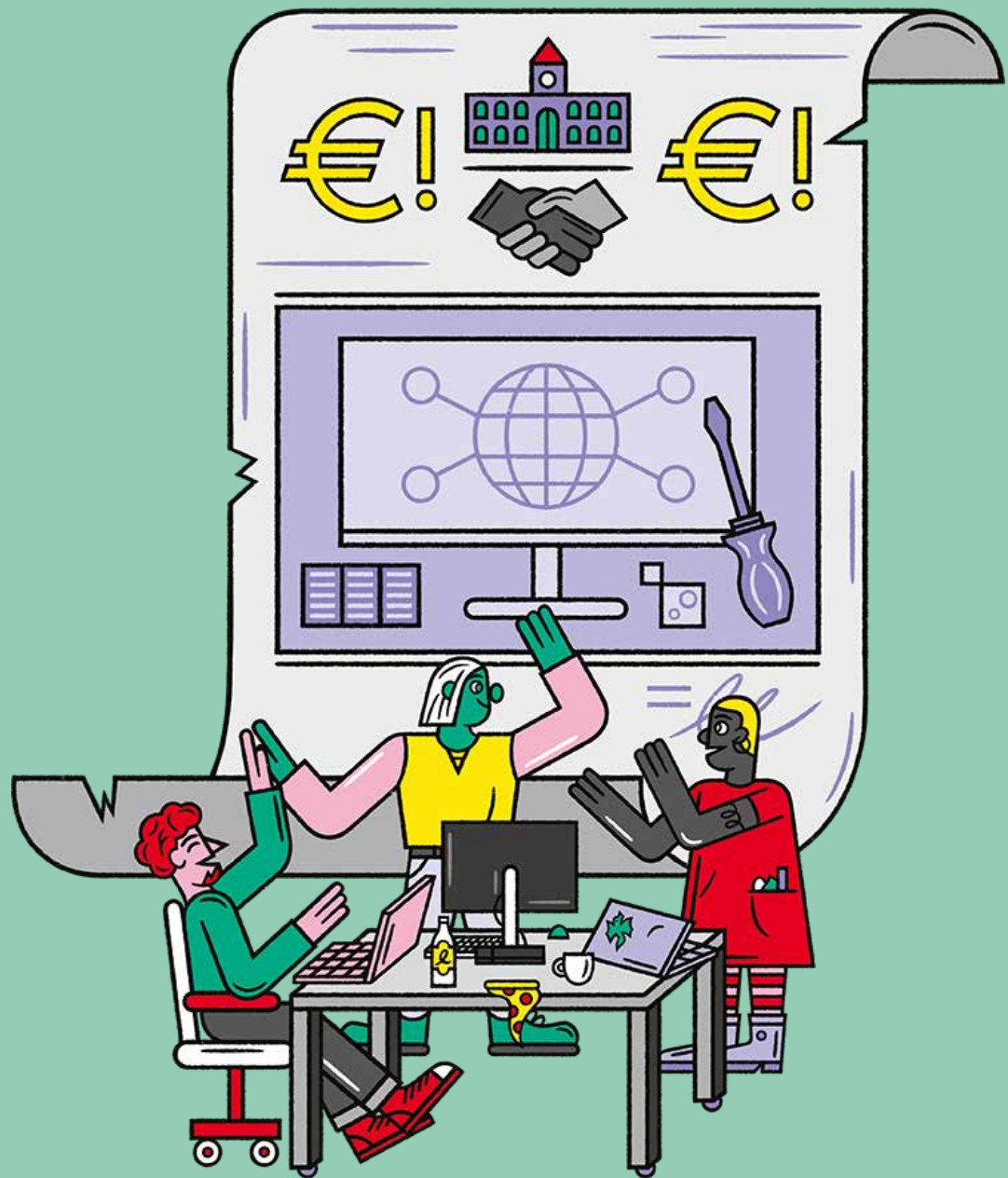


SMARTE PARTIZIPATION

Ein Pilotprojekt an der Schnittstelle
von Beteiligung, Digitalisierung und
Förderwesen im Land Berlin



DANKSAGUNG

Wir möchten allen Beteiligten im Rahmen des Pilotprojekts herzlich für Ihre Teilnahme, Ihre Offenheit und Ihre Zeit danken.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin
Alt-Köpenick 21
12555 Berlin

Bereich:

Sozialraumorientierte
Planungskoordination
Ansprechpartnerin:
Henriette Schleinstein

Bearbeitung durch:

Emma Gollhardt
AG.URBAN
Mackensen, Hipp, Tienes & Pinetzki GbR
Ringbahnstr. 10 - 14
12099 Berlin

Stand: Januar 2026

Smarte Partizipation - ein Pilotprojekt an der Schnittstelle von Beteiligung, Digitalisierung und Förderwesen im Land Berlin

Erfahrungen, Erkenntnisse
und Handlungsempfehlungen



INHALT

KAPITEL 1: WARUM DIESES PILOTPROJEKT? KONTEXT UND RELEVANZ	6
Einleitung	6
Ausgangslage	6
Relevanz und Motivation	7
<hr/>	
KAPITEL 2: WAS HABEN WIR UNS VORGENOMMEN? PROJEKTSTRUKTUR UND ZIELE	10
Ziele	10
Meilensteine	11
Beteiligte Akteure	11
<hr/>	
KAPITEL 3: WAS HABEN WIR GEMACHT UND GELERNT? PROJEKTVERLAUF UND REFLEXIONEN	14
Bestandsaufnahme	14
Ausschreibung	18
Toolentwicklung und -testung	22
Öffentlichkeitskampagne	28
<hr/>	
KAPITEL 4: WAS HABEN WIR ENTWICKELT? DER PROTOTYP IM ÜBERBLICK	32
Ein Ort für Alle(s)	32
Zentrale Funktionen im Detail	34
Technische Zusammenfassung	36
Potenzielle Weiterentwicklungsmöglichkeiten	36

KAPITEL 5: WIE GEHT ES WEITER? VERSTETIGUNG UND SKALIERUNG DER PROJEKTERGEBNISSE	38
Das letzte Halbjahr des Projekts: Netzwerkaufbau und Evaluation	38
Verstetigung und Probetrieb in Treptow-Köpenick	39
Konkrete Handlungsempfehlungen für den Bezirk Treptow-Köpenick	39
Skalierung und Anschluss an Fachverfahren auf Landesebene	40
Konkrete Handlungsempfehlungen für das Land Berlin	41
Skalierung außerhalb Berlins: Wissenstransfer und Weiterentwicklung via GitLab	41
<hr/>	
KAPITEL 6: FAZIT UND DANK	42
<hr/>	
KAPITEL 7: WAS WIR NOCH SAGEN WOLLEN	43
Public Money, Public Code?	43
Service, Beteiligung oder Förderung? Egal, Hauptsache auffindbar und digital	44
Berlin braucht Experimentierräume - und Experimente brauchen Struktur	44

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

API - Application Programming Interface (Programmierschnittstelle)	MPSC - Modellprojekte Smart Cities
BMWSB - Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	P4T - Politics for Tomorrow
BVV - Bezirksverordnetenversammlung	PDF - Portable Document Format
CRM - Customer-Relationship-Management (Systematik/Tool zur Verwaltung von Kontakten und Vorgängen)	QR - Quick Response (QR-Code)
GD:B - Gemeinsam Digital: Berlin (Landesstrategie)	REST - Representational State Transfer (hier: REST-API)
IKT - Informations- und Kommunikationstechnik	SPA - Single-Page-Application
ITDZ - IT-Dienstleistungszentrum Berlin	SPK - Sozialraumorientierte Planungskoordination (Treptow-Köpenick)
KFW - Kreditanstalt für Wiederaufbau	UI - User Interface (Benutzeroberfläche)
	UX - User Experience (Nutzer:innenerlebnis/-erfahrung)
	Q1-Q4 - Quartale (1.-4. Quartal)

KAPITEL 1: WARUM DIESES PILOTPROJEKT? KONTEXT & RELEVANZ

Einleitung

Das Versprechen, dass durch Digitalisierung öffentliche Räume, Prozesse und Dienstleistungen besser werden können, muss – insbesondere in Deutschland – nach wie vor durch erfolgreiche Beispiele belegt werden.^{1, 2} Vor dem Hintergrund einer zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung und der drängenden Frage, wie staatliche Institutionen Vertrauen erhalten und demokratische Resilienz stärken können, steigen auch die Ansprüche an eine moderne und bürgernahe Verwaltung.³

Verständliche Angebote, niedrigschwellige Zugänge und Verfahren, die Bürger:innen nicht überfordern, sondern mitnehmen – das muss das Ziel dieser modernen Verwaltung sein, und diesen Ansatz verfolgt auch Berlins Smart City Strategie „Gemeinsam Digital: Berlin“ (GD:B).

GD:B entstand 2019/2020 als breiter Beteiligungs- und Strategieprozess, mit dem das Land Berlin erstmals eine gesamtstädtische Digitalstrategie entwickeln wollte – gemeinsam mit Verwaltung, Politik, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft.⁴ Ziel war es, Digitalisierung nicht als rein technisches Projekt zu behandeln, sondern als ge-

gesellschaftliche Querschnittsaufgabe, die durch Pilotvorhaben, Experimentierräume und konkrete Anwendungen in den Bezirken verankert werden sollte. Damit fügte sich der Berliner Strategieprozess in einen größeren bundesweiten Rahmen ein: Das Förderprogramm „Modellprojekte Smart Cities“, das 2019 aufgelegt wurde, unterstützt Kommunen dabei, Digitalisierungsprozesse strategisch, gemeinwohlorientiert und in enger Verzahnung mit Stadtentwicklung und Beteiligung umzusetzen.⁵

Seit 2019 ist viel passiert, in Berlin und bundesweit. Der Begriff Smart City ist fast ein wenig aus der Mode gekommen, denn zu groß und zu unkonkret sind teils die Erwartungen, die hier geweckt und oft nicht eingehalten werden können.⁶ Das Pilotprojekt, um das es in diesem Bericht geht, trägt noch einen weiteren „großen“ Begriff im Namen, den der Partizipation. Auch diesem Wort wird häufig vorgeworfen, leer zu sein oder nicht ausreichend mit Bedeutung und tatsächlicher Wirkung gefüllt zu werden.

Mit diesem Bericht teilen wir unsere Erfahrungen dazu, wie die konkrete praktische Umsetzung eines Projektes, das sich mit diesen beiden Themen beschäftigt – Smart City/Verwaltungsdigitalisierung und Partizipation/Teilhabe der Zivilgesell-

1 [Initiative D21 e. V. \(2024\).](#)

2 [European Commission. \(2024\).](#)

3 [Smart Country Berlin. \(n.d.\).](#)

4 [CityLAB Berlin. \(n.d.\).](#)

5 [Smart City Dialog. \(n.d.\).](#)

6 [Smart City Dialog. \(n.d.\).](#)

7 [Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin. \(n.d.\).](#)

schaft – im Land Berlin aussieht, verlaufen ist, und was wir dabei gelernt haben. Auch wenn unser Projekt nur ein kleines Puzzleteil größerer Strukturen, Vorhaben und Strategien ist, sind wir überzeugt, dass unsere Lernerfahrungen – genau wie das Ergebnis des Projekts, eine Open-Source-basierte Anwendung zur Digitalisierung und Zentralisierung einer partizipativen Fördermittelvergabe – übertragbar und skalierbar sind auf andere Vorhaben und Projekte in diesem Bereich.

Dieser Abschlussbericht ist also vieles: Er ist ein Erfahrungsbericht, eine Reflexion und enthält abschließend konkrete Handlungsempfehlungen zur Zukunftsfähigkeit unserer Projektergebnisse. Und damit der langfristigen Wirkung einer landesweiten Strategie, die in den letzten Jahren vielleicht an politischer Aufmerksamkeit verloren hat, aber nichts von ihrer Relevanz.

Ausgangslage

Das Fallbeispiel Kiezkassen

Der Untersuchungs- und Arbeitsgegenstand dieses Pilotprojekts waren die „Kiezkassen“ – ein bezirkliches Stadtteilbudget im Berliner Bezirk Treptow-Köpenick. Bei den Kiezkassen können Bürger:innen eigene Ideen zur Verbesserung ihres Wohnumfelds vorschlagen und erhalten finanzielle Förderung, um diese umzusetzen. In allen 20 Bezirksregionen stehen dafür jährlich Mittel zur Verfügung, über deren Verwendung die Nachbarschaft gemeinsam entscheidet. Der Prozess reicht von der Ideensammlung über öffentliche Beratungen und Abstimmungen bis hin zur formellen Antragstellung und Auszahlung der Fördermittel zur Ver-

wirklichung der Projektideen durch die Antragstellenden selbst.⁷ Die Kiezkassen zählen damit zu den sogenannten „partizipativen Budgetierungsinstrumenten“ Berlins und sollen lokale Anliegen direkt und unbürokratisch unterstützen. Vergleichbare Fonds oder Budgets gibt es in zahlreichen Städten, Kommunen und Stadtteilen weltweit: als Maßnahme zur Demokratieförderung und direkten Mitgestaltung wurden Stadtteilbudgets als vermeintlich weniger aufwendige Alternative zu den in den Nullerjahren populären Bürgerhaushalten immer beliebter.⁸ Projekte, die durch die Kiezkassen oder vergleichbare Kulissen umgesetzt werden, reichen von Nachbarschaftsfesten, gemeinschaftlichen Pflanz-Aktionen, Pop-Up-Cafés, Konzerten oder der Finanzierung von Öffentlichkeitsmaterial für Bürger:inneninitiativen. Herausforderungen, Potenziale und Fallstricke in der Durchführung solcher Instrumente sind vielfach untersucht, und eine ausführliche Erläuterung der Kiezkassen, ihrer Geschichte, Wirkung und eine Prozessanalyse kann in der bereits im Rahmen dieses Projekts veröffentlichten [Vergleichsstudie](#) nachgelesen werden.

Denn: in der Praxis zeigte sich auch in Treptow-Köpenick, dass es nach rund 10 Jahren Zeit war für eine genauere Untersuchung der Kiezkassen, da seitens aller beteiligten Akteure auch zunehmende Unzufriedenheit mit ihnen aufkamen: Für Bürger:innen bestanden hohe Hürden zur Teilnahme, da das Informationsangebot über die Kiezkassen verstreut war und die Öffentlichkeitsarbeit für sie mangelhaft. Die Termine der Versammlungen vor-Ort und abends sowie ein sehr formalisierter Antragsprozess über verschiedene Formulare und E-Mail erzeugten zusätzlich den Effekt, dass vornehmlich organisierte zivilgesellschaftliche Akteure, die die Kiezkassen bereits kannten, Anträge und Ideen für die Fördermittel einreichten und die Gruppe der Antragstellenden sehr homogen war. Für die Verwaltung waren die Aufwände, die in der Bearbeitung der rund 200 Projektanträge sowie

der Beratung zur Förderfähigkeit im Vorfeld steckten, vor dem Hintergrund von Personalmangel kaum zu bewältigen. Und auf Ebene der Politik agierten die Bezirksverordneten Treptow-Köpenicks als sogenannte „Kiezpat:innen“ in den jeweiligen Bezirksregionen teils so unterschiedlich als Informationsgeber:in sowie Moderator:in der Versammlungen, dass im Prozess fehlende Transparenz bemängelt wurde.

Bewerbung als Smart City Pilotprojekt

Vor diesem Hintergrund bewarb sich 2019 die mit der Sachbearbeitung der Kiezkassen beauftragte Organisationseinheit des Bezirksamtes Treptow-Köpenick, die Sozialraumorientierte Planungscoordination, im Rahmen des partizipativen Strategieprozesses von Gemeinsam Digital: Berlin als dezentrale Maßnahme des Berliner Modellprojektes „Smart City“ im Handlungsfeld „inklusive Stadtgestaltung“.

Maßgeblich war dabei die Identifikation eines realen Problemdrucks in einem bestehenden Beteiligungsformat (den Kiezkassen) sowie dessen strategische Anschlussfähigkeit an die Ziele der Digitalstrategie. Wie der Titel des Pilotprojekts verrät, bestand damals jedoch noch der Anspruch, aus dem hyperlokalen Format der Kiezkassen Rückschlüsse oder gar Lösungsansätze für einen potenziellen berlinweiten Bürgerhaushalt zu eruieren. Durch eine Verschiebung des politischen Fokus nach den Wiederholungswahlen 2023 änderte sich jedoch auch das Pilotprojekt, ein wichtiger potenzieller Anker, der das Projekt auf der Landesebene verzahnt und weitergedacht hätte, fiel damit weg. So wurde sich im weiteren Projektverlauf auf Stadtteilbudgets, Fonds und gleichartige Budgetverteilungsprozesse konzentriert.

8 [Berlin Institut für Partizipation. \(n.d.\).](#)

9 [Lück-Schneider, D. \(2025\).](#)

Berlin als Testfeld: Digitalisierung und Verwaltungs- reform in der Hauptstadt

Weitere strukturierende Rahmenbedingungen für das Pilotprojekt betreffen zwei übergeordnete Transformationsprozesse in Berlin: die langsam aber sicher fortschreitende Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung und die seit Jahrzehnten andauernde, nun tatsächlich Fahrt aufnehmende Verwaltungsreform.

Beide Prozesse verlaufen nicht linear, sondern sind geprägt von politischen Prioritätensetzungen, institutionellen Abhängigkeiten und historisch gewachsenen Strukturen. Digitalisierung wird – zumindest offiziell – als Querschnittsaufgabe verstanden, die nahezu alle Verwaltungsbereiche betrifft und tief in bestehende Organisationsformen, Zuständigkeiten und Arbeitsweisen eingreift. In der Praxis zeigt sich jedoch oft, dass digitale Angebote eher punktuell entwickelt werden, und die Standardisierung trotz rechtlicher und strategischer Grundlagen wie dem E-Government-Gesetz oder den IKT-Steuerungsstrukturen (s. Kapitel 3) lückenhaft bleibt.⁹

Parallel dazu steht die Berliner Verwaltung seit Langem vor der Herausforderung, das Verhältnis zwischen gesamtstädtischer Steuerung und bezirklicher Eigenständigkeit neu auszubalancieren. Die zweistufige Verwaltungsstruktur gilt als demokratisch verankert, erweist sich jedoch im Vollzug häufig als komplex, abstimmungsintensiv und schwer zu vereinheitlichen. Reformansätze zielen wiederholt darauf ab, Zuständig-

keiten zu klären, Standards zu setzen und Prozesse effizienter zu gestalten, ohne dabei die föderale Logik der Bezirke grundsätzlich aufzugeben. Diese strukturellen Spannungen wirken unmittelbar auf Digitalisierungsprojekte, die auf Standardisierung, Skalierbarkeit und einheitliche technische Lösungen angewiesen sind.¹⁰

In der Praxis treffen damit zwei Dynamiken aufeinander: Einerseits der Anspruch, digitale Innovationen schnell, nutzer:innenorientiert und iterativ zu erproben; Andererseits eine Verwaltungsrealität, die auf Rechtssicherheit, Stabilität und langfristigen Betrieb ausgerichtet ist. Digitale Pilotprojekte, wie auch „Smarte Partizipation“ bewegen sich folglich in einem Konflikt zwischen Experimentierraum und Regelbetrieb und machen bestehende strukturelle Grenzen besonders sichtbar. Politische Zäsuren verstärken diese Dynamik zusätzlich – so führten zum Beispiel die Wiederholungswahlen Senatsseitig zu einer Neujustierung des Smart City Referats und einer politischen Depriorisierung des Themas Bürgerhaushalt und Bürger:innenbeteiligung, dafür wurde die Verwaltungsmodernisierung in den Fokus gerückt.

Relevanz und Motivation

Die Relevanz des Pilotprojekts blieb jedoch gleich – Stadtteilbudgets sind als Instrument weit verbreitet und aus Stadtentwicklungsperspektive auch ein potenziell wirkungsvolles und demokratieförderndes Element, das Menschen eine direkte Mitgestaltung und Einflussnahme auf ihr eigenes Wohnumfeld erlaubt.¹¹ Ein Prozess oder ein Verfahren, das in der Idee und in seinem Ziel gut ist, in der Durchführung aber suboptimal, ineffizient und veraltet, stellte den idealen Anwendungsfall für ein pilothaftes Digitalisierungsprojekt dar, da hier Stadtentwicklung, bürgerschaftliches Engagement und Verwaltungshandeln aufeinandertreffen und miteinander ausgehandelt werden müssen.

Als Büro, das selber urbane Interventionen, Beteiligung und Stadtentwicklungsprozesse initiiert, waren aus Sicht der AG.URBAN die Kiezkassen als Fallbeispiel auch insofern interessant und relevant, als dass sie bereits seit vielen Jahren existieren und genutzt werden und auch überaus beliebt sind – mit mehr als 200 Anträgen und Projekten pro Jahr sowie bis 2025 100.000€ Gesamtvolumen können sie sich im berlin- aber auch deutschlandweiten Vergleich mit anderen vergleichbaren Fonds durchaus sehen lassen¹² – aber trotzdem dringend überarbeitungsbedürftig waren und ihr Potenzial nicht ganz erreichten.

Da AG.URBAN seit 2021 auch den Raum für Beteiligung im Bezirk Treptow-Köpenick betreibt, waren die Kiezkassen – mit all ihren Potenzialen und aktuellen Schwachstellen – dem projektbegleitenden Büro gut vertraut. Die Motivation für das Projekt lag aber für das projektbeglei-

10 [Rienaf, S. \(2025\).](#)

11 [openCode.de. \(n.d.\).](#)

12 [openCode.de. \(n.d.\)](#)

tende Büro vor allem in der weiterführenden Anwendbarkeit und Übertragbarkeit der zu entwickelnden Lösung: Stadtteilbudgets und Beteiligungshaushalte haben das Ziel, Verwaltungshandeln näher an den Bedarfen der Bürger:innen auszurichten und mehr Verständnis zu schaffen für die Verausgabung von öffentlichen Geldern. Das kann aber nur erfolgreich erreicht werden, wenn Bürger:innen auch das Gefühl haben, ihre Ideen werden sinnvoll eingebracht und tatsächlich bearbeitet oder umgesetzt.

Wenn der Aufwand für bürgerinitiierte Projekte durch überbürokratisierte Teilnahme- und Abwicklungsverfahren unverhältnismäßig hoch wird, dann verfehlt das Beteiligungsinstrument seinen

Zweck und hat im Zweifelsfall sogar den gegenteiligen Effekt: Bürger:innen fühlen sich von Politik und Verwaltung instrumentalisiert oder „responsibilisiert“, weil sie nicht nur ihr Projektengagement einbringen müssen, sondern auch administrative Fähigkeiten.¹³ Auf der anderen Seite wird die Verwaltung beteiligungsscheu, weil sie Beteiligung vor allem als zusätzliche Belastung erlebt. Hier sollte das Pilotprojekt ansetzen – um zu zeigen, dass Digitalisierung Beteiligung nicht verkompliziert, sondern erleichtert, für Bürger:innen wie für Verwaltung.



Vorstellung der Kiezkassen-Applikation auf der Gemeinsam Digital:Berlin Jahreskonferenz (2024)

KAPITEL 2: WAS HABEN WIR UNS VORGENOMMEN? PROJEKTSTRUKTUR UND ZIELE

Das Pilotprojekt „Smarte Partizipation - von der Kiezkasse bis zum Bürger:innenhaushalt“ wurde seit Juni 2023 von der Senatskanzlei sowie dem Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen und der KfW gefördert und vom Bezirksamt Treptow-Köpenick im Rahmen der Landesstrategie Gemeinsam Digital: Berlin (GD:B) umgesetzt. Es gehört zu den dezentralen Modellmaßnahmen der Smart-City-Strategie und erprobte am Beispiel der bezirklichen Kiezkassen, wie digitale Lösungen Verwaltungsprozesse vereinfachen, Beteiligung niedrigschwelliger gestalten und demokratische Teilhabe stärken können.

Ziele

Das Pilotprojekt hatte vier übergreifende Ziele, die sich im Projektverlauf immer weiter konkretisierten und in Kooperation mit dem CityLAB mit Indikatoren zur Wirkungsorientierung hinterlegt wurden. Für einige Indikatoren liegen Ausgangswerte vor, andere können nur über einen längeren Zeitraum hinweg erfasst werden - im Sinne des GD:B-Verständnisses von Wirkung ist aber genau diese Formulierung von Zielebenen bereits ein wichtiger Schritt für die langfristige Evaluation des Pilotprojekts und den Kiezkassen selbst, insbesondere vor dem Hintergrund, dass bislang keine wirkungsorientierte Evaluation des Beteiligungsinstruments stattfand. Durch die Bestandsanalyse und die im Pilotprojekt

angestoßenen Verfahrensänderungen wird eine jährliche Evaluation nun auch durch einen gemeinsamen Termin zwischen SPK, Pressestelle und Kiezpat:innen institutionalisiert.

ZUGANG UND NIEDRIGSCHWEL- LIGKEIT VERBESSERN

Der Kiezkassenprozess sollte so weiterentwickelt werden, dass mehr Menschen unkompliziert teilnehmen können - unabhängig von Sprache, Vorwissen oder digitalen Fähigkeiten. Informationswege, Abläufe und Verantwortlichkeiten sollten transparenter und verständlicher werden.

- Beobachtet werden hier unter anderem die Anzahl der Verständnisrückfragen, die die Verwaltung telefonisch oder per E-Mail erreichen und die Anzahl von nicht-deutschsprachigen Ideen und Anträgen. Außerdem wird die Zufriedenheit
- der Teilnehmenden am Ende des Prozesses durch eine Abschlussumfrage erhoben.

BREITERE UND DIVERSERE BETEILIGUNG ERMÖGLICHEN

Ziel war, neue Zielgruppen zu erreichen, insbesondere Menschen, die bisher nicht oder kaum an den Kiezkassen teilgenommen haben. Dazu sollten bestehende Barrieren sichtbar gemacht und alternative Beteiligungswege erprobt werden.

- Hier wird festgehalten, wie viele Personen zum ersten Mal eine Idee oder einen Antrag einreichen bzw. die Kiezkassenversammlung besuchen. Durch teilnehmende Beobachtung und die Abschlussumfrage werden außerdem Rückschlüsse auf den Altersdurchschnitt der Teilnehmenden und die Zunahme von interkulturellen oder mehrsprachigen Projekten ermöglicht.

VERWALTUNG ENTLASTEN, UM PROZESSE FÜR BÜRGER:INNEN EFFIZIENTER ZU GESTALTEN

Der bisherige Ablauf war arbeitsintensiv, rückfragenreich, medienbruchbehaftet und fehleranfällig. Das Projekt zielte darauf ab, Verwaltungsaufwand zu reduzieren, Abstimmungsprozesse zu vereinheitlichen und die förderrechtliche Abwicklung klarer und besser handhabbar zu machen – um dadurch auch die Bearbeitungszeit für Bürger:innen zu verringern.

- Für dieses Ziel wird die durchschnittliche Bearbeitungszeit zwischen eingereichtem Projektantrag und Erhalt des Zuwendungsbescheids dokumentiert und ausgewertet.

MODELLCHARAKTER UND ÜBERTRAGBARKEIT HERSTELLEN

Die Kiezkassen sollten als Fallbeispiel dienen, um aufzuzeigen, wie digitale Beteiligungsprozesse in Berlin besser und bürgerfreundlicher gestaltet werden können. Das Projekt verfolgte ausdrücklich das Ziel, Erkenntnisse und Lösungen zu entwickeln, die auf andere Bezirke und weitere Förderprogramme übertragbar sind.

- Auskunft hierüber geben Zugriffszahlen bzw. Weiternutzungen des Codes auf GitLab sowie der Erfolg weiterer Skalierungsbestrebungen (s. Kapitel 5).

Meilensteine

Zur Erreichung dieser Ziele wurden für den Projektzeitraum von Mitte 2023 bis Ende 2025 sechs Meilensteine und Phasen definiert, die wiederum konkrete Ergebnisse (Outputs) erzielen sollten:

BESTANDSANALYSE

(Q3/2023-Q1/2024) - hierzu gehörten eine intensive Betrachtung der bisherigen Durchführung der Kiezkassen zur Erörterung von Optimierungspotenzialen in Workshops mit allen Beteiligten Akteuren, tiefgehende Recherchen zu vergleichbaren Kulissen und der Historie von Stadtteilbudgets sowie die Publikation einer zusammenfassenden Vergleichsstudie, in der die Ergebnisse der

Analyse und ihre Rückschlüsse für die noch zu entwickelnde digitale Lösung zusammengefasst wurden.

NETZWERKAUFBAU UND MARKTERKUNDUNG

(Q3/2023-Q4/2025) - das Projektteam baute über den gesamten Projektzeitraum den Austausch zu verschiedensten Akteuren in folgenden Communities und Themenbereichen auf: Smart City (GD:B/Bundesebene), Stadtteilbudgets und Bürgerhaushalte (andere Städte und Kommunen), Verwaltungsdigitalisierung, Berliner IKT-Landschaft – auch zu Recherchezwecken in Bezug auf bestehende technische Ansätze und Lösungen in diesen Bereichen.

TOOLENTWICKLUNG

(Q3/2024-Q1/2025) - Anschließend an Bestandsanalyse, Geschäftsprozessmodellierung, Markterkundung und Ausschreibungsprozess konnte ein Dienstleister für die Entwicklung der technischen Lösung gebunden werden. Das Projektteam lieferte Datengrundlagen, konstantes Feedback und redaktionelle Zuarbeiten, um die „Kiezkassen-Applikation“ zu realisieren.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

(Q1-Q2/2025) - in einem partizipativen Prozess mit Vertreter:innen der BVV Treptow-Köpenicks als Informationsgeber über die Kiezkassen in den Regionen wurde erstmals eine Markenidentität für die Kiezkassen geschaffen. Neben der Entwicklung von vielseitigem Öffentlichkeitsmaterial war vor allem die Erarbeitung eines Starterkits zur einheitlicheren Durchführung der Kiezkassen zentrales Element des Meilensteins.

TOOLERPROBUNG

(Q2-Q3/2025) - nach Abschluss der ersten Entwicklungsphase wurde die browserbasierte Applikation in einem mehrstufigen Verfahren getestet, die Ergebnisse der Testung ausgewertet und vom technischen Dienstleister eingearbeitet.

EVALUATION UND VERSTETIGUNG

(Q3-Q4/2025) - zum Ende des Projekts wurde der funktionsfähige Prototyp in verschiedenen Runden vorgestellt und die Verstetigung und Skalierung der Lö-

sung gezielt vorbereitet. In verschiedenen Workshops wurde das Pilotprojekt anhand der bestehenden Wirkungslogik ausgewertet und eine langfristige Evaluation vorbereitet.

Beteiligte Akteure

Die Projektsteuerung lag bei der Organisationseinheit Sozialraumorientierte Planungscoordination (SPK) des Bezirksamts Treptow-Köpenick. Das Büro AG.URBAN begleitete das Projekt als operativ-strategischer Partner in allen Phasen. Neben der Bezirksverwaltung und AG.URBAN wurden weitere Partner:innen in das Projekt eingebunden:

Die Senatskanzlei Berlin fungierte über die GD:B-Steuerung als übergeordnete Koordinations- und Förderstelle, während das CityLAB Berlin das Pilotprojekt methodisch begleitete – etwa durch Workshops, fachliche Beratung und Sparring im Rahmen der GD:B-Netzwerkstruktur. Die Finanzierung erfolgte über die Senatskanzlei, die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB).

Zudem unterstützte Politics for Tomorrow (P4T) den übergreifenden Wissenstransfer zwischen den einzelnen GD:B-Maßnahmen. Für die technische Umsetzung wurde 2024 die &effect data solutions GmbH beauftragt, die den Prototyp der Kiezkassen-Applikation entwickelte. Auf Bezirksebene wurde der Raum für Beteiligung punktuell eingebunden, da er auch nach Projektlaufzeit die Durchführung der Kiezkassen begleiten wird.

WER IST WER - PROJEKT BETEILIGTE

SPK - SOZIALRAUMORIENTIERTE PLANUNGSKOORDINATION TREPTOW-KÖPENICK

Die Sozialraumorientierte Planungskoordination ist eine Organisationseinheit der Berliner Bezirksverwaltungen. In Treptow-Köpenick ist sie im Bürgermeisterbereich angesiedelt. Sie arbeitet ressortübergreifend an sozialräumlichen Analysen, vernetzt Fachämter und Akteur:innen vor Ort und unterstützt integrierte Ansätze der Stadt- und Sozialentwicklung, insbesondere im Kontext von Beteiligung, Quartiersentwicklung und Förderprogrammen.

AG.URBAN

AG.URBAN ist ein interdisziplinäres Büro für Stadt- und Prozessentwicklung. Der Schwerpunkt liegt auf Forschung, Beratung und Begleitung von Projekten zu Stadtentwicklung, Beteiligung, Governance und neuen Formen der Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Stadtgesellschaft.

SENATSKANZLEI BERLIN - GRUPPE SMART CITY UND DATENMANAGEMENT

Die Senatskanzlei ist die zentrale Steuerungsbehörde des Landes Berlin. Die Gruppe Smart City und Datenmanagement befasst sich mit strategischen Fragen der digitalen Stadtentwicklung, der Nutzung von Daten sowie mit übergreifender Koordination und Weiterentwicklung digitaler und smarter Verwaltungsansätze.

CITYLAB BERLIN

Das CityLAB Berlin ist ein öffentlicher Innovations- und Experimentierraum für digitale Stadt und Verwaltung. Es bietet Raum für Tests, Prototypen, Workshops und Austauschformate und bringt Akteur:innen aus Verwaltung, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft zusammen.

POLITICS FOR TOMORROW

Politics for Tomorrow ist eine gemeinnützige Organisation, die an der Weiterentwicklung staatlicher Handlungs- und Innovationsfähigkeit arbeitet. Sie fördert neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und Gesellschaft und begleitet Transformations- und Lernprozesse im öffentlichen Sektor.

&EFFECT DATA SOLUTIONS GMBH

&effect data solutions ist ein Unternehmen für datenbasierte Software- und Produktentwicklung. Es entwickelt digitale Anwendungen, Dateninfrastrukturen und Analysewerkzeuge, insbesondere für den öffentlichen Sektor, mit einem Fokus auf Transparenz, Nutzbarkeit und gesellschaftlichen Mehrwert.

RAUM FÜR BETEILIGUNG / ANLAUFSTELLE FÜR BÜRGERBETEILIGUNG TREPTOW-KÖPENICK

Die Räume für Beteiligung sind lokale Anlaufstellen, die Bürger:innen zu Beteiligungsmöglichkeiten informieren und beraten. Sie dienen als Schnittstelle zwischen Verwaltung und Stadtgesellschaft und unterstützen Beteiligungsprozesse auf bezirklicher Ebene.

BMWSB - BUNDESMINISTERIUM FÜR WOHNEN, STADTENTWICKLUNG UND BAUWESEN

Das BMWSB ist als Bundesministerium zuständig für die politischen Rahmenbedingungen in den Bereichen Wohnungswesen, Stadt- und Raumentwicklung sowie Bauwesen. Es entwickelt Förderprogramme, Gesetze und Strategien für nachhaltige und lebenswerte Städte, darunter auch das Programm „Modellprojekte Smart Cities“ (MPSC) durch das Gemeinsam Digital: Berlin gefördert ist.

KfW - KREDITANSTALT FÜR WIEDERAUFBAU

Die KfW ist eine staatliche Förderbank der Bundesrepublik Deutschland. Sie finanziert und fördert, zum Beispiel im Auftrag des BMWSB, Projekte in den Bereichen Wohnen, Stadtentwicklung, Infrastruktur, Umwelt, Bildung und Innovation im In- und Ausland.



Das Team Smarte Partizipation auf der GD:B Jahreskonferenz (2024)

KAPITEL 3: WAS HABEN WIR GEMACHT UND GELERNT? PROJEKTVERLAUF UND REFLEXIONEN

Bestandsaufnahme

Ausgangspunkt und Ziel der Bestandsaufnahme

Zu Beginn des Pilotprojekts stand die Frage im Raum, wie die Kiezkassen als etabliertes, aber in vielen Teilen überholtes Beteiligungsinstrument in Trepow-Köpenick weiterentwickelt werden können, um mehr Menschen zu erreichen und die Abläufe zugleich für Verwaltung wie Bürgerschaft zu vereinfachen. Die Bestandsaufnahme sollte deshalb ein gemeinsames Bild des Ist-Zustands schaffen: Wo liegen die tatsächlichen Hürden im Verfahren? Welche Zielgruppen werden bislang nicht erreicht? Welche Schritte verursachen den größten Aufwand? Und an welchen Stellen bietet der Prozess Potenzial für Vereinheitlichung, Transparenz und digitale Unterstützung?

Ziel des Meilensteins war es, eine Grundlage zu schaffen, auf deren Basis eine passende digitale Lösung entwickelt werden konnte. Zu Beginn des Projekts war die Art und Ausgestaltung dieser Lösung noch nicht definiert - in den ersten Workshops mit CityLAB, Senatskanzlei und Projektteam hatten

tatsächlich alle Beteiligten sehr unterschiedliche Ideen von einer technischen Unterstützung für die Kiezkassen. So wurde zum Beispiel zu Projektbeginn das Thema „Künstliche Intelligenz“ stark mitgedacht, um zum Beispiel die Beratung von Bürger:innen für Projektideen smarter zu gestalten.

Genau wegen dieser Offenheit zu Beginn des Projekts war die erste Phase der Bestandsanalyse so entscheidend. Die folgenden Abschnitte fassen Methodik, Ergebnis und strategische Entscheidungen, die im Rahmen des Meilensteins getroffen wurden, zusammen.

Methodik und Beteiligungsformate

Die Bestandsaufnahme wurde als mehrstufiger, partizipativer Prozess angelegt, der Verwaltung, Politik, zivilgesellschaftliche Akteure und potenzielle Antragstellende einbezog. Für jede Zielgruppe der Kiezkassen wurde ein eigenes Workshop-Format entwickelt, um die unterschiedlichen Perspektiven der Gruppen zu identifizieren und anschließend abzugleichen.

Ein zentraler Baustein waren Workshops mit der Verwaltung, insbesondere der Sozialraumorientierten Planungskoordination (SPK) sowie weiteren beteiligten Ämtern. Hier wurde der Prozess im Status quo detailliert durchgesprochen, Rollen hinterfragt und die wiederkehrenden Fallstricke und Aufwände in der

Abwicklung analysiert. Ein zusätzlicher Kick-Off-Workshop mit der Leitungsebene des Bezirksamtes diente dazu, den politischen und administrativen Rahmen zu erfassen.

Parallel wurden die Perspektiven der Bürger:innen über eine breit beworbene Online-Umfrage, einen zivilgesellschaftlichen Fokusworkshop und Hintergrundgespräche erhoben. Diese Formate zeigten, an welchen Stellen der Prozess unverständlich, abschreckend oder schlicht nicht zugänglich war.

Die dritte wesentliche Perspektive waren die Kiezpat:innen aus der BVV. In zwei Workshops wurden sowohl organisatorische Herausforderungen der Kiezkassen-Versammlungen als auch Bedarfe in Bezug auf Bewerbung, Rolle und Außenwirkung herausgearbeitet. Auch strukturelle Fragen - etwa das Spannungsverhältnis zwischen Ehrenamt, politischem Mandat und Verwaltungsabläufen - wurden offen diskutiert.

Ausführliche Dokumentationen der Formate und ihrer Erkenntnisse finden sich auf der [Projektwebseite](#) im entsprechenden Meilenstein „Bestandsanalyse“.

Zentrale Erkenntnisse der Analyse

Die Analyse ergab ein klares Bild: Der Kiezkassenprozess wird grundsätzlich geschätzt, erfüllt seine Ziele aber nur eingeschränkt. Die zentralen Herausforderungen lassen sich in fünf Themenfeldern bündeln.

Erstens zeigte sich ein deutlicher Mangel an Transparenz. Informationen waren über verschiedene Kanäle verteilt, oft unvollständig oder nicht barrierefrei verfügbar. Den Bürger:innen war des Öfteren unklar, wie die Teilnahme und Abwicklung der Kiezkassen-Projekte funktioniert, wer worüber entscheidet und wie die Mittelvergabe dokumentiert wird.

Zweitens war der **Zugang zum Verfahren** für viele Interessierte **erschwert**. Die verpflichtenden Präsenzversammlungen fanden ausschließlich abends statt, was für Menschen mit Care-Arbeit, Schichtdienst oder Mobilitätseinschränkungen kaum machbar war. Mehrsprachige Informationen und Formulare fehlten weitgehend. Auch das Format der Abstimmung – oft uneinheitlich dokumentiert – erzeugte Zweifel an Nachvollziehbarkeit und Fairness.

Drittens war der **Aufwand für die Verwaltung** erheblich. Die SPK erhielt jedes Jahr eine hohe Zahl individueller Rückfragen, weil der Antragsprozess schwer verständlich und aufgrund der Zuwendungen hoch bürokratisch ist. Das führte zu zeitintensiven Abstimmungen, wiederholten Erklärungen und teilweise auch zu Unsicherheiten bei der förderrechtlichen Prüfung.

Viertens zeigte sich ein **Reichweitenproblem**. Mangels professioneller Öffentlichkeitsarbeit beteiligten sich vor allem gut organisierte Akteure, die den Prozess bereits kannten. Privatpersonen oder weniger vernetzte Gruppen blieben dagegen deutlich unterrepräsentiert – obwohl gerade sie im Mittelpunkt eines niedrigschwelligen Beteiligungsinstruments stehen sollten. Das führte auch dazu, dass

die Antragstellenden für die Kiezkassen trotz der heterogenen Einwohnendensstruktur Treptow-Köpenicks überwiegend weiß und über 50 Jahre alt waren.

Schließlich fehlten digitale Strukturen, die den Prozess stützen könnten: ein klarer Ablauf, medienbruchfreie Beantragung und Abrechnung, einheitliche Daten, transparente Statusinformationen oder einfache Möglichkeiten für Dokumentation und Berichterstattung. Ein PDF-Formular wurde per Mail oder auch postalisch an die SPK übermittelt, die wiederum eine komplexe Excel-Liste aller Anträge und Projekte führte. Eine Übertragung der eingereichten Ideen zu Transparenzzwecken auf die Beteiligungsplattform mein.Berlin.de erfolgte meist nachträglich und händisch, Beratung zu Rückfragen per Telefon oder in Person. Beim Aufkommen von rund 200 Anträgen und noch mehr Ideen pro Jahr führte dies zu einem erheblichen Personalaufwand, der für die Beratung, Begleitung der Versammlungen und Bearbeitung und Abrechnung der Projektanträge anfiel.

Resultierende Funktionsanforderungen

Die Bestandsaufnahme zeigte deutlich, dass eine punktuelle digitale Unterstützung – etwa einzelne Tools für Öffentlichkeitsarbeit, eine KI-Beratung zur Förderfähigkeit oder ein isoliertes Antragsformular – das Grundproblem nicht lösen würde. Die Herausforderungen lagen nicht an einer einzelnen Stelle des Verfahrens, sondern in der Fragmentierung des gesamten Prozesses: Informationen, Beratung, Ideensammlung, Versammlungsdokumentation, Antrags-einreichung- und prüfung oder Abrechnung fanden auf unterschiedlichen Wegen, in wechselnden Formaten und mit vielen Medienbrüchen statt.

Schnell wurde klar, dass das Antragsaufkommen und die Vielzahl an Rückfragen nur dann nachhaltig zu bewältigen sind, wenn es einen zentralen Ort gibt, der Bürger:innen und Verwaltung durch den gesamten Ablauf führt. Die Teilnehmenden sollen verstehen, was wann passiert; die Verwaltung braucht strukturierte Datenablageorte und direkte Kommunikationswege; Kiezpat:innen benötigen ein Werkzeug, das ihnen die Moderation, Abstimmung und Dokumentation der Kiezkassenversammlungen erleichtert.

(...) immer, wenn irgendwo ein Formular ausgefüllt werden muss, muss es eigentlich ausgedruckt, wieder eingescannt und per E-Mail versendet werden.“

Die ergänzende Markterkundung für die anstehende IT-Entwicklungsausschreibung bestätigte diesen Befund: Es existieren Tools für Beteiligung und Ideenprozesse, und es existieren Systeme für Fördermanagement, aber keine Lösung, die beide Logiken integriert. Genau dieser Bruch ist jedoch das Kernproblem der Kiezkassen: Sie sind sowohl ein partizipatives Verfahren (Ideen, Diskussion, Auswahl) als auch ein zuwendungs-basiertes Verfahren (Projektantrag, Auszahlung, Nachweis). Ohne ein gemeinsames System bleibt die Belastung auf beiden Seiten hoch und die Transparenz brüchig.

So wurde deutlich, dass eine Lösung, die sich rein auf die „Bürger:innenseite“ fokussiert und eine Vereinfachung oder bessere Information über die Kiezkassen an sich herbeiführt, bei den jetzigen Abläufen keine Verbesserung für diese darstellen würde, da die Verwaltung nach wie vor keine Möglichkeit hätte, womöglich bessere oder mehr Ideen effektiv zu bearbeiten. Die langen Wartezeiten wurden von vielen Bürger:innen im Workshop als Problem und Hürde im Prozess benannt, weshalb zunehmend klarer wurde, dass die Lösung auch eine Arbeitshilfe für die Verwaltung sein müsste. So schärften sich die Anforderungen und Funktionen der gewünschten digitalen Lösung, die zu diesem Zeitpunkt als eine Verschneidung von drei Komponenten gedacht wurde: ein (möglicherweise KI-gestützter) Antragsassistent, ein (möglicherweise KI-gestütztes) digitales Antragsformular und eine Art CRM (Customer-Relationship-Management)-System beziehungsweise eine Datenbank, um alle eingehenden Kontakt- und Projektdaten zu navigieren.

PROZESSOPTIMIERUNG VS. PROZESSDIGITALISIERUNG REFLEXIONEN ZUM MEILENSTEIN „BESTANDSAUFNAHME“

Die Bestandsanalyse hat deutlich gemacht, dass der Kiezkassenprozess in Treptow-Köpenick über Jahre gewachsen ist, ohne jedoch in verbindliche Strukturen überführt zu werden. Diese historisch entstandene Flexibilität wurde politisch durchaus gewollt: Die BVV setzte bewusst auf ein hochgradig lokal verankertes, informelles Format, das den jeweiligen Kiezpat:innen und Bezirksregionen maximale Gestaltungsfreiheit ließ. Gleichzeitig entstand dadurch ein Prozess, der weder standardisiert noch administrativ abgesichert war.

Erstens fehlten verbindliche Fördergrundlagen, medienbrucharmer Verfahrensschritte und eine systematisierte Evaluation.

Zweitens führte die politische Anbindung an die BVV zu einer ungewöhnlichen Konstellation: Ein informelles Förderinstrument wurde von politischen Mandatsträger:innen moderiert, die zugleich über die Verteilung öffentlicher Gelder mitentschieden. Diese Personalisierung erzeugte Unterschiede in Qualität, Transparenz und Ablauf der Kiezkassenversammlungen, und damit ungleiche Chancen für Antragstellende. Kritik, etwa der Vorwurf klientelistischer Entscheidungen, konnte mangels nachvollziehbarer Kriterien nur begrenzt entkräftet werden. Es zeigte sich, dass der bisherige Prozess anfällig war für Vereinnahmung und eine Politisierung war, obwohl genau das Gegenteil Inhalt und Ziel der Kiezkassen sein sollte.

Vor diesem Hintergrund stellte sich für das Pilotprojekt eine grundlegende Herausforderung: Ein so fragmentierter, informeller und personengebundener Prozess lässt sich nur begrenzt digitalisieren, ohne ihn zuvor konzeptionell zu schärfen und zu standardisieren. Eine Veränderung, die in Kooperation mit der Anlaufstelle für Bürger:innenbeteiligung bereits vor der Toolentwicklung vorgenommen wurde, betrifft den Ablauf des Antragverfahrens für die Kiezkassen: anstatt Projektideen für eine Region mittels direkten Projektanträgen zu sammeln, die dann mit vielen Rückfragen überarbeitet werden mussten und am Ende nicht selten bei der Bürgerversammlung keine Förderzusage erhielten, wurden Ideen- und Antragsphase klar getrennt und die Kiezkassenversammlung als Abwägungs-, Diskussions- und Abstimmungsgremium für die Aussicht auf Förderung dazwischen platziert. Darüber hinaus wurde erstmals ein digitales Antragsformular bereitgestellt (über Jofform und dann LimeSurvey), das die PDF-Version des Projektantrags ersetzte. Entgegen erheblicher Bedenken im Verlauf, weniger digitalisierter Menschen vom Verfahren abzuhängen, wurde der digitale Antrag durchweg positiv auf- und von der Bürgerschaft dankend angenommen. So gab es in den Kiezkassenjahren 2024 und 2025 nur noch einen einzigen Papierantrag, der handschriftlich und postalisch eingereicht wurde. Alle anderen Teilnehmenden reichten ihren Projektantrag trotz analoger Möglichkeit digital ein. Diese Tatsache bestärkte das Projektteam weiter.

Der eingespielte Ablauf des Kiezkassenprozesses wurde verwaltungsseitig häufig als „alternativlos“ bezeichnet, aus projektstrategischer Sicht war er jedoch keineswegs zwingend. Er beeinflusst die direkte Übertragbarkeit des Prototyps erheblich: Der Kiezkassenprozess ist im Berliner Vergleich eher atypisch, da in anderen Bezirken weder BVV-Mitglieder eingebunden sind noch individuelle Kleinstzuwendungen in diesem Volumen abgewickelt werden.

Jedoch wurde durch genau diese Umstände die Übertragbarkeit für andere Förderkulissen verbessert und ermöglicht. Denn die Kiezkassen sind in ihrer Prozesslogik – Ideensammlung, Abstimmung, Antragseinreichung, Umsetzung, Abrechnung – sehr wohl Blaupause für partizipative Förderkulissen. Auch wenn nicht alle Stadtteilbudgets wie die Kiezkassen organisiert werden, andere Kulissen, die es in ganz Berlin gibt (z. B. FEIN-Mittel, Stärkung Berliner Großsiedlungen, etc.) sind es, und somit sind die zukünftigen Anwendungsfälle für die Software breiter aufgestellt, als reine Kiezfonds oder Stadtteilbudgets.

An dieser Stelle vielleicht eine kurze Erläuterung unserer Verwendung des Begriffs „partizipative Förderkulissen“. Gemeint sind damit Förderprogramme oder Budgettöpfe – häufig mit vergleichsweise kleinen Fördersummen –, aus denen Privatpersonen, Initiativen oder Vereine Mittel erhalten können, über deren konkrete Verwendung die Öffentlichkeit mitentscheidet. Es geht also nicht nur um die Vergabe von Zuwendungen, sondern um einen partizipativen, nachvollziehbaren Prozess der Auswahl von zu fördernden Projekten: Ideen werden eingebracht, öffentlich diskutiert, priorisiert und auf Basis klarer Kriterien gemeinsam entschieden. Aus Sicht des Projektteams wird es vor dem Hintergrund knapper werdender Haushaltsmittel künftig noch wichtiger, solche Zuwendungen systematisch partizipativ und transparent auszugestalten. Denn um das Vertrauen in Verwaltungshandeln zu stärken, muss nachvollziehbar sein, warum bestimmte Projekte gefördert werden und andere nicht. Beispielsweise indem Entscheidungsprozesse nicht „im Hinterzimmer“ getroffen werden, sondern im Rahmen von öffentlichen Aushandlungsprozessen und transparenten Dokumentationen von Entscheidungsabläufen.

Denn gleichzeitig zeigte die Befragung anderer Berliner Bezirke, dass zwar Stadtteilbudgets teils anders organisiert werden, es aber durchaus einen Bedarf an Software gibt, die partizipative Förderprozesse transparenter und effizienter gestaltet. Die Belastungssituationen unterscheiden sich stark: Während manche Bezirke wie Treptow-Köpenick unter Überforderung leiden, weil sie hohe Fallzahlen über kleinteilige Zuwendungen abwickeln, waren andere vor allem mit Fragen der Übersichtlichkeit und Bürgerkommunikation befasst. Frühere Erfahrungen – etwa das Auslaufen der von der Verwaltung als sehr aufwändig wahrgenommene Bürgerhaushalte – verdeutlichen: Nicht der Digitalisierungsgrad bestimmt die Komplexität, sondern die Organisation und Optimierung des Prozesses. Verantwortlichkeiten, Arbeitsteilung und Volumen der Anträge sind genauso entscheidend, wie technische Tools. In Berlin gibt es bislang keine zentrale und einheitliche Struktur für die zahlreichen Förderkulissen und ihre Abwicklung, was auch ihre Digitalisierung erschwert.

Angesichts der Vielzahl bezirklicher Förderprogramme ist eine stärkere Zentralisierung jedoch mehr als wünschenswert. Parallel mit dem Pilotprojekt startete auf Landesebene angesichts dieser gleichen Problemdiagnose das Projekt „Vereinfachung, Optimierung und Digitalisierung von Zuwendungen“. Es verfolgt die Entwicklung eines standardisierten, IKT-konformen Fachverfahrens zur digitalen Abwicklung von Zuwendungen und hat das Ziel, bis Ende 2027 eine technische Lösung bereitzustellen. Mit Verantwortlichen aus diesem Projekt wurde im Rahmen der Ausschreibung ebenfalls der Kontakt gesucht, dieser kam jedoch erst Richtung Ende der Projektlaufzeit und nachdem der funktionale Prototyp demonstriert werden konnte, zustande. Überraschend für das Projektteam war, dass solche partizipativen Förderkulissen dort bisher kaum berücksichtigt wurden.

In einem idealtypischen Projektverlauf sollten parallellaufende Geschäftsprozessoptimierungen vor der Digitalisierung ähnlich gearteter Bereiche erfasst und zusammengeführt werden. Und dennoch kann das Pilotprojekt mit seiner Case-Study wichtige Impulse für das berlinweite Fachverfahren setzen und diese im Rahmen eines Folgeprojekts dort einfließen lassen (vgl. Kapitel 5).

Ausschreibung

Einarbeitung in die Akteurslandschaft / Ab in den IKT-Dschungel

In einem nächsten Schritt ging es darum, die in der Bestandsanalyse erhobenen Anforderungen an eine technische Lösung mit den technischen Realitäten des Landes Berlin abzugleichen. Die Komponenten selbst waren dabei nicht übermäßig komplex oder innovativ. Aus Sicht des Projektteams lag die eigentliche Herausforderung vielmehr in der Verschneidung des partizipativen mit dem zwendungsbasierten Verfahren sowie in einer attraktiven und intuitiven Aufbereitung für Bürger:innen.

So bestand ursprünglich die Idee, bestehende Lösungen durch Schnittstellen zu verbinden und so eine schnell integrierbare Anwendung entwickeln zu lassen. Es folgten eine Reihe von Hintergrundgesprächen und Interviews, in denen es darum ging, die Ausschreibung zu schärfen. Für das Projektteam war diese Phase sehr lernintensiv – gestartet auf dem weißen Blatt und mit dem Anspruch, den Prototypen möglichst frei und aus Bürger:innenperspektive zu denken, galt es nun, die Wunschvorstellung mit der durchaus harten Realität der technischen Berliner Rahmenbedingungen zu verzahnen.

Dafür wurden relevante Akteure aus der Berliner Digitallandschaft kontaktiert, zum Beispiel die Betreiber der Beteiligungsplattform [mein.Berlin.de](https://mein.berlin.de), die Landesredaktion und der kommunale Dienstleister Berlin Online, die Technologiestiftung sowie das ITDZ.

WER IST WER - DIGITAL IN BERLIN

LANDESREDAKTION

Die Landesredaktion ist in der Senatskanzlei angesiedelt und verantwortet die redaktionellen Inhalte und Standards der zentralen Berliner Verwaltungswebseiten, insbesondere berlin.de. Sie legt u. a. gestalterische, sprachliche und strukturelle Vorgaben fest und prüft, ob neue digitale Angebote in die bestehende Weblandschaft des Landes Berlin integrierbar sind.

BERLIN ONLINE (BERLINONLINE STADTPORTAL GMBH & CO. KG)

Berlin Online ist der technische Betreiber des Stadtportals berlin.de im Auftrag des Landes Berlin. Das Unternehmen stellt den Betrieb, die Weiterentwicklung und die technische Sicherheit der Plattform sicher und ist zentrale Ansprechstelle für Fragen zu Hosting, Content-Management-Systemen und der technischen Einbindung neuer digitaler Angebote in die Berliner Webinfrastruktur.

ITDZ (IT-DIENSTLEISTUNGSZENTRUM BERLIN)

Das ITDZ Berlin ist der zentrale IT-Dienstleister der Berliner Verwaltung. Es betreibt u. a. Rechenzentren, Fachverfahren, Basisdienste und IT-Arbeitsplätze und sorgt für IT-Sicherheit, Datenschutz und Verfügbarkeit. Für die Verstetigung digitaler Anwendungen spielt das ITDZ eine zentrale Rolle, da viele Verfahren langfristig nur über seine Infrastruktur betrieben werden können.

LIQUID DEMOCRACY / MEIN.BERLIN.DE

Liquid Democracy e. V. ist eine zivilgesellschaftliche Organisation, die sich auf digitale Beteiligungsformate spezialisiert hat. Sie ist Betreiberin der landesweiten Beteiligungsplattform [mein.Berlin.de](https://mein.berlin.de), über die Bürger:innen an Konsultationen, Dialogverfahren und Beteiligungsprozessen teilnehmen können. Die Plattform ist ein zentrales Werkzeug für digitale Bürger:innenbeteiligung im Land Berlin und wird kontinuierlich weiterentwickelt.

TECHNOLOGIESTIFTUNG BERLIN

Die Technologiestiftung ist eine landeseigene Stiftung, die sich mit der gemeinwohlorientierten Nutzung digitaler Technologien für die Stadt beschäftigt. Sie initiiert und begleitet Projekte an der Schnittstelle von Digitalisierung, Stadtentwicklung und Gesellschaft und betreibt mit dem CityLAB Berlin einen zentralen Experimentier- und Innovationsraum für Verwaltung und Stadtgesellschaft.

Hintergrund- gespräche und Marktanalyse

Im frühen Austausch mit Vertreter:innen von BerlinOnline und Landesredaktion wurde der eigentlich paradoxe Auftrag des Pilotprojekts deutlich: einerseits würde eine Entwicklung außerhalb der technischen und gestalterischen Vorgaben der IKT-Architektur und Landesredaktion langfristig die Skalierung und berlinweite Implementierung der Lösung behindern. Andererseits war es innerhalb dieser Vorgaben und Zwänge nicht möglich, die gewünschte Lösung im Rahmen des verfügbaren Budgets und der Projektlaufzeit zu realisieren.

Grund dafür war, dass sich im Projektverlauf zeigte, dass die Anforderungen an eine Kiezassen-Lösung deutliche Leerstellen in der Berliner Digitallandschaft offenlegten. Diese bestanden sowohl im Bereich der Bürgerbeteiligung als auch in der digitalen Abwicklung von Fördermittelvergabe und Zuwendungen, die bislang unzureichend aufgestellt waren:

Mein.Berlin.de ist zwar ebenfalls eine Open Source Plattform zur Beteiligung von Bürger:innen an Stadtentwicklungsprozessen, entspricht damit aber strenggenommen ebenfalls nicht den Vorgaben von berlin.de. Eine aufwendige Designanpassung wurde parallel zur Ausschreibungsphase vorgenommen, betraf aber, wie die Lösung insgesamt, nur das „Front-End“, also den Teil, der für Bürger:innen sichtbar ist. Eine oftmals kritisierte Schwäche von mein.Berlin.de betrifft den fehlenden Anschluss an verwaltungseigene Infrastruktur, auch da diese – das wurde vom Betreiber Liquid Democracy klar benannt – nicht Teil des Auftrags ist, da Bürger:innenbeteiligung ganz klar abgetrennt wird von Belangen der Verwaltungsdigitalisierung. Das bedeutet, dass Bürger:innen zwar Eingaben, Kommentare, Vorschläge oder Bewertungen über mein.Berlin.de abgeben können, diese aber in der Weiterverarbeitung bislang nur im Excel-Format extrahiert und dann übertragen

werden können. Andere Open Source-Beteiligungsplattformen, wie zum Beispiel CONSUL oder Decidim, über die mit Anwender:innen im Rahmen der Ausschreibungsvorbereitung ebenfalls gesprochen wurde, gehen hier schon einen Schritt weiter, in dem es Dashboards für die Verwaltung, Auswertungshilfen und zum Beispiel digital begleitete Versammlungen und Abstimmungsmöglichkeiten gibt.

Deutlich schwerer wog jedoch, dass es bislang in Berlin keine überzeugende einheitliche und digitale Lösung zur Einreichung und Abwicklung von Förderanträgen gibt. Der Formularbaukasten von Imperia, dem CMS-System hinter berlin.de, war zum Zeitpunkt der Ausschreibung nicht agil genug, um den Anforderungen an einen bürger:innenfreundlichen digitalen Antrag gerecht zu werden. Eine Anpassung des Baukastens aus Gründen der Barrierefreiheit war zwar eingeplant, aber wäre für das Pilotprojekt zu spät gekommen. Die Nutzung des offiziellen Digitalen Antrags des Landes Berlin (ein sogenannter „IKT-Basisdienst“), der wiederum auch eine E-Payment-Funktion bietet, hätte den Einstieg in ein formales Fachverfahren bedeutet. Hiervon wurde dem Projektteam dringend abgeraten, da diese Verfahren im Land Berlin aktuell häufig zwischen fünf bis zehn Jahren dauern. Abgesehen davon ist dieser Antrag aus Sicht des Projektteams auch nicht niedrigschwellig und intuitiv genug, um eine Vereinfachung für Bürger:innen herbeizuführen – und genau das war Kern des Pilotprojekts.

„(...) diese Architektur ist halt so starr, wie sie ist.“

DIGITALISIERUNG IN BERLIN

IKT-ARCHITEKTUR (INFORMATIONEN- UND KOMMUNIKATIONSTECHNIK)

Die IKT-Architektur und -Rollenmodell bezeichnet den verbindlichen technischen Ordnungsrahmen für digitale Lösungen in der Berliner Verwaltung. Sie legen Standards für eingesetzte Technologien, Schnittstellen, Sicherheit und Betrieb fest. Die IKT-Architekturliste definiert dabei zugelassene Technologien und Systeme; das IKT-Architekturboard entscheidet über Ausnahmen, Neuentwicklungen und die architekturkonforme Einbindung neuer Vorhaben.

BASISDIENST

Basisdienste sind landesweit bereitgestellte, standardisierte IT-Bausteine, die von verschiedenen Verwaltungsverfahren gemeinsam genutzt werden. Sie übernehmen wiederkehrende Grundfunktionen wie Online-Antragstellung, Authentifizierung oder Zahlungsabwicklung. Ziel ist es, Doppelentwicklungen zu vermeiden und eine einheitliche digitale Verwaltungsinfrastruktur sicherzustellen.

FACHVERFAHREN

Ein Fachverfahren ist eine spezialisierte IT-Anwendung zur Bearbeitung konkreter Verwaltungsaufgaben oder Leistungen. Es bildet fachliche Prozesse, Prüfungen und Entscheidungen ab und ist meist einem bestimmten Ressort oder Bezirk zugeordnet. Fachverfahren nutzen häufig Basisdienste, sind aber inhaltlich und organisatorisch eigenständig.

sein, aufzuzeigen, was unter veränderten strukturellen, technischen und organisatorischen Voraussetzungen möglich wäre, ohne das zeit- und ressourcenintensive Anforderungen aus IKT-Architekturliste, Designsystem und Fachverfahrensanbindung bereits in der Pilotphase den Erkenntnisgewinn begrenzen oder das Projektbudget überproportional binden.

Die Ausschreibung wurde neben der Landesredaktion auch mit der Technologiestiftung besprochen, die Bedenken bezüglich der Vielzahl von gewünschten Funktionen angesichts des überschaubaren Budgets äußerte. Auch innerhalb des Projektteams wurde die Ausschreibung kontrovers diskutiert, da sich bereits ein gewisser Zielkonflikt zwischen Vereinfachung für Bürger:innen und Vereinfachung für Verwaltung abzeichnete. Basierend auf dem Feedback von Technologiestiftung und CityLAB wurde die Ausschreibung erneut leicht überarbeitet, insgesamt wurde jedoch an der Entscheidung für eine Gesamt- anstelle von einer Teillösung festgehalten, da dies das Ergebnis der Bestandsanalyse war und die SPK große Bedenken bezüglich potenzieller Mehraufwände hatte, die durch eine erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit ohne begleitende administrative Erleichterung entstehen könnte.

Eine weitere Hürde im Verlauf der Ausschreibung bestand in den fehlenden Vorlagen für die Open Source-Vergabe, da zum damaligen Zeitpunkt keine geeigneten EVB-IT Standardverträge für diese Art der Open-Source-basierten Entwicklungsdienstleistungs-Einkäufe zur Verfügung standen. Dafür wurde Kontakt mit dem ITDZ (hier insb. dem Open Source Kompetenzzentrum), dem CityLAB sowie der Senatskanzlei aufgenommen, um parallel zum Ausschreibungsprozess einen Mustervertrag für den IT-Dienstleister zu erarbeiten.

Strategische Entscheidungen im Rahmen der Ausschreibung

Vor dem Hintergrund des pilotartigen Auftrags und der gewünschten Modellhaftigkeit des Prototypens wurde auch seitens der Landesredaktion empfohlen, die Zwänge eines unmittelbaren Regelbetriebs bewusst nicht vollständig zu übernehmen, sondern den Fokus darauf zu legen, Prozesse, Schnittstellenbedarfe und fachliche Anforderungen exemplarisch zu modellieren. Ziel sollte es

„Grundsätzlich wäre die Empfehlung aber, lieber eine Sache gut zu machen als viele Sachen schlecht.“

Mittels der Handreichung der Open Source Business Alliance (OSBA) wurde dann der Versuch gestartet, einen alten EVB-IT-Vertrag auf Anforderungen in der Beschaffung von insbesondere neuen Softwarelösungen im Open-Source-Bereich hin zu aktualisieren. Aber es blieb dabei, dass das bezirkliche SMART CITY Kernteam nicht über die Kompetenz verfügte, solche Verträge anzupassen und deshalb ein IT-Beraternetzwerk eingebunden werden musste. Dieser Entwurf wurde dann durch eine Rechtsanwaltskanzlei, die über die KTS dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt wurde, kommentiert und bearbeitet. Da der Zeitdruck des Ausschreibungsstarts allerdings wuchs, wurde auf Grundlage der parallel durchgeführten Hintergrundgespräche mit dem Open-Source-Kompetenzzentrum zu einer durch das ITDZ

zur Verfügung gestellten Rechtsanwaltskanzlei gewechselt. Diese stellte dem Bezirksamt dann bis zum Ausschreibungsfristende einen auf die Bedarfe des Anwendungsfall individualisierten Dienstleistungsvertrag rechtssicher zur Verfügung. Die Ausschreibung wurde im Juli 2024 veröffentlicht und es gab fünf Angebote und daraufhin fünf Bieter:innengespräche, in denen sich besonders zwei Angebote hervorheben konnten, aber eines deutlich mehr Punkte erhielt.

„(...) und übrigens großes Lob für die verständliche Ausschreibung. Ich glaube eine so nachvollziehbare Ausschreibung hatten wir noch nie gesehen.“

BÜRGER:INNENLÖSUNG VS. VERWALTUNGSLÖSUNG? REFLEXIONEN ZUM MEILENSTEIN „AUSSCHREIBUNG“

Rückblickend wurde im Zuge der Ausschreibung deutlich, dass sich das Pilotprojekt zeitlich und inhaltlich in einem Spagat bewegte. In Berlin liefen und laufen zahlreiche relevante Verfahren und Initiativen parallel – etwa die Weiterentwicklung des landesweiten Designsystems, Anpassungen am CMS Imperia oder das bereits erwähnte Projekt „Vereinfachung, Optimierung und Digitalisierung von Zuwendungen“. Für das vorliegende Pilotprojekt kamen diese Entwicklungen jedoch entweder zu spät oder waren noch nicht so weit fortgeschritten, dass sie konkret hätten genutzt oder integriert werden können. In diesem Sinne war das Projekt in vielerlei Hinsicht „zu früh“ – zumindest für eine vollständige Einbettung in bestehende oder geplante Regelstrukturen.

So wurde im Austausch mit unterschiedlichen Akteur:innen immer wieder auf das grundlegende Dilemma hingewiesen, das den Ausschreibungsprozess begleitete. Einerseits bestand die klare Erwartung, neue digitale Lösungen eng an bestehende Strukturen, Standards und Fachlogiken anzubinden, um Anschlussfähigkeit, Sicherheit und spätere Übertragbarkeit zu gewährleisten. Andererseits wurde ebenso deutlich davor gewarnt, sich zu früh und zu tief in diese Strukturen zu begeben, da deren Komplexität, lange Laufzeiten und formale Anforderungen den experimentellen Charakter des Piloten gefährdet hätten. Die wiederkehrende Rückmeldung lautete sinngemäß, dass eine zu große Distanz zu bestehenden Systemen die Relevanz des Ergebnisses infrage stellen könne – eine zu enge Annäherung jedoch den Handlungsspielraum des Projekts bereits in der Ausschreibungsphase massiv eingeschränkt hätte.

Dem Projektteam war es wichtig, den Pilotcharakter des Vorhabens und den Fokus auf Bürger:innen im Blick zu behalten. Im Projektverlauf verdichtete sich die Erkenntnis, dass genau in der bislang kaum adressierten Schnittstelle zwischen partizipativen Verfahrensfunktionen und zuwendungsbasierten Verwaltungsfunktionen – etwa Antragstellung, Bescheidlogik oder Zuwendungsabwicklung – eine zentrale Leerstelle in der Berliner Digitallandschaft liegt. Diese Leerstelle zu adressieren, erschien uns zunehmend als eigentlicher Innovationskern der Lösung. Denn alles, was Verwaltung im Rahmen solcher Verfahren leisten muss, betrifft Bürger:innen unmittelbar: entweder, weil sie Informationen liefern, Anträge ausfüllen oder Nachweise erbringen müssen – oder weil sie auf Entscheidungen, Rückmeldungen und Auszahlungen warten.

Da sich bewusst dagegen entschieden wurde, den Kiezkassenprozess grundsätzlich neu zu denken oder vom bestehenden Zuwendungsverfahren abzurücken, und zugleich keine passende Lösung am Markt verfügbar war, war der nächste logische Schritt die Entwicklung und Ausschreibung einer integrierten Gesamtlösung. Diese Entscheidung brachte zwangsläufig Komplexität mit sich. Aus der Bestandsanalyse war bekannt geworden, dass die Kiezkassen sowohl ein vollwertiges Frontend für Bürger:innen als auch ein Backend für Verwaltung und Kiezpat:innen benötigen. Damit umfasste das Produkt von Beginn an mehrere Rollen, Prozesse und Schnittstellen – eine Vielgestaltigkeit, die sich folgerichtig auch in einer fachlich dichten Ausschreibung mit zahlreichen funktionalen Anforderungen niederschlug.

Für die Projektsteuerung bedeutete dies einen Balanceakt: Einerseits sollte die Software möglichst alle Phasen der Kiezkassen begleiten – von Information und Ideenreichung über Beratung, Abstimmung, Antragstellung, Zuwendung und Abrechnung bis hin zur Evaluation. Andererseits war früh erkennbar, dass die Nutzungstiefe und Intuitivität einzelner Funktionen darunter leiden würde. Hinzu kam der Druck, an einem laufenden, teils als problematisch empfundenen Prozess zu arbeiten, während im Bezirk bereits ein akuter Bedarf nach kurzfristigen Verbesserungen bestand. Als eines der wenigen Pilotprojekte, die direkt aus der Verwaltung selbst heraus initiiert wurden, war der Anspruch, spürbare Entlastung zu schaffen, entsprechend hoch.

Diese Herausforderung wurde mehrfach deutlich. So meldete sich nach Prüfung der Unterlagen eine potenzielle Bewerberin – eine Service-Design-Beratung mit Anbindung an den Studiengang Public Design der HTW – zurück und wies darauf hin, dass sie zwar großes Interesse an einer Zusammenarbeit hätten, mit dem vorgesehenen Auftragsvolumen aber lediglich die Entwicklung eines nutzerzentrierten Frontends realistisch leistbar sei, nicht die vollständige Abbildung der verwaltungsseitigen Prozesse. Diese Rückmeldung war insofern sinnbildlich, als der ursprüngliche Impuls des Pilotprojekts tatsächlich in der Verbesserung der Bürger:innenperspektive lag. Die Einbeziehung administrativer Funktionen war – wie in der Bestandsanalyse beschrieben – weniger aus strategischer Absicht, sondern aus Ermangelung bestehender landesweiter Lösungen entstanden.

Gerade diese Erfahrung schärfte die Frage, welche Anforderungen aus Nutzersicht tatsächlich notwendig sind und welche eher aus historisch gewachsenen Verwaltungslogiken resultieren. Sie verdeutlicht, wie eng das Denken von Prozessen und das Bauen von Software miteinander verknüpft sind, und wie schwer es ist, komplexe Verwaltungsrealitäten in wenige klare, selbsterklärende Nutzerpfade zu übersetzen. Diese Spannung zwischen Innovationsanspruch, administrativer Realität und konkretem Handlungsdruck hat die Ausschreibung maßgeblich geprägt, und ist rückblickend eine der zentralen Lernerfahrungen des Projekts.

Toolentwicklung und -testung

Der Kooperations- und Entwicklungspartner &effect

Für die technische Umsetzung der Lösung konnte das Büro &effect data solutions GmbH gewonnen werden. Das Angebot überzeugte durch ein klares Verständnis der verwaltungsbezogenen Anforderungen, einen modularen und sinnvoll priorisierten Entwicklungsansatz und die Bereitschaft, eng mit dem Projektteam zusammenzuarbeiten. &effect ist ein interdisziplinäres Berliner Büro, das daten- und softwaregestützte Lösungen für den öffentlichen und sozialen Sektor entwickelt. Dabei kombiniert das Team Sozialwissenschaft, Data Science und Softwareentwicklung, um skalierbare, sichere und wirkungsorientierte digitale Produkte zu bauen, die Entscheidungen effektiver unterstützen und den Gemeinwohlnutzen stärken. &effect arbeitet projektorientiert von der Ideenentwicklung über Prototyping bis hin zur Implementierung und Wartung und bringt Erfahrung aus verschiedenen Projekten mit, u. a. datengetriebenen Anwendungen für Bürgerbeteiligungs- und Citizen-Science-Kontexte sowie Zusammenarbeit mit Stiftungen, Forschungseinrichtungen und sozialen Organisationen.

Arbeitsweise

Der Entwicklungsprozess begann mit einem gemeinsamen Kick-Off, in dem Meilensteine, Rollen und Arbeitsweisen vereinbart wurden. AG.URBAN erhielt frühzeitig Zugang zu GitLab, um jederzeit Einblick in den Entwicklungsstand und die Struktur der Sprints zu erhalten. Die funktionalen Anforderungen aus der Bestandsanalyse wurden in einer ausführlichen Applikationsbeschreibung strukturiert, priorisiert und als gemeinsame Arbeitsgrundlage festgehalten. Parallel wurden alle relevanten Datengrundlagen aus dem bisherigen Kiezkassenprozess zusammengetragen: Formulare, Vorlagen, Excel-Listen, Merkblätter, Geschäftsprozessmodelle und Textbausteine. Damit lag theoretisch ein vollständiges Bild der Verfahrenslogiken vor, das im Tool abgebildet werden musste.

Auch hier wurde wieder deutlich: Den Entwickler:innen Vorlagen bereitzustellen, welche aus einem komplizierten verwaltungsorientierten Prozess und nicht aus der Sicht der Nutzer:innen stammten, verursachte erhebliche Mehraufwände bei der redaktionellen Überarbeitung des Prototyps. Antragsformulare und Bescheide zum Beispiel waren über Jahre immer wieder genutzt, aber nicht überarbeitet worden, obwohl man sie stark hätte vereinfachen können. Diese Aktualisierungen erfolgten erst jetzt im Rahmen des Pilotprojekts, immer begleitet durch intensive Aushandlungen innerhalb des Projektteams. Oftmals musste in Frage gestellt werden, ob etwas wirklich so sein musste (zum Beispiel, weil es förderrechtlich geregelt war, und ansonsten der Rechnungshof Probleme machen würde) oder sich etwas einfach über Jahre etabliert hatte.

Die Zusammenarbeit in der Entwicklung folgte einem iterativen Vorgehen in zweiwöchigen Sprints. Jeweils neue Funktionsbausteine wurden vorgestellt, diskutiert und anhand der Bedarfe der Zielgruppen, die in der vorherigen Bestandsanalyse ermittelt wurden, weiterentwickelt. AG.URBAN übernahm dabei kontinuierlich eine redaktionelle Rolle: Die Nut-

zer:innenführungen wurden überarbeitet, Texte präzisiert, Hilfestellungen ergänzt und Anforderungen aus den Workshops eingebracht. Das projektbegleitende Büro übersetzte sozusagen zwischen Entwicklerteam und Bezirksamt.

Viele der zentralen Prozessschritte, etwa die Durchführung der Versammlung oder die Kommunikation zwischen Verwaltung und Antragstellenden, sind im analogen System über Jahre gewachsen und lokal unterschiedlich ausgeprägt. Die Entwicklung erforderte daher wieder-

kehrende Klärungen, welche Varianten von Prozessen vereinheitlicht, vereinfacht oder bewusst offengehalten werden sollten. Ein Beispiel ist das Modul für die Kiezkassenversammlung, das so gestaltet wurde, dass es sowohl klare Transparenz bietet als auch genügend Spielräume lässt, um unterschiedliche Moderationsstile der Kiezpat:innen zu berücksichtigen und in seiner jetzigen Form Funktionen bietet, die auch in anderen Veranstaltungsformaten oder für Entscheidungsgremien von anderen Förderkulissen genutzt werden können.

Test-Workshop der Kiezkassen-Applikation im CityLAB (März 2025)





Test-Workshop der Kiezkassen-Applikation im CityLAB (März 2025)

Strategische Entscheidungen im Rahmen der Entwicklung

HOSTING UND BETRIEB

Eine der zentralen offenen Fragen im Projektverlauf betraf die Platzierung der Applikation sowie die Übernahme von Betriebs- und Hostingkosten über die Projektlaufzeit hinaus. Diese Entscheidung, die Anwendung extern zu hosten und nicht in bestehende landeseigene Systeme wie Imperia zu integrieren, ermöglichte eine flexible Entwicklung und einen stabilen Betrieb, war jedoch von Beginn an mit klar bezifferbaren laufenden Kosten verbunden. Neben monatlichen Hostingkosten entstehen bei einer Einbindung in den berlin.de-Domainraum zusätzliche Aufwände für Sicherheitsprüfungen und Domain-Integration, die jährlich anfallen.

DESIGNSYSTEM

In Abstimmung mit der Landesredaktion wurde bewusst darauf verzichtet, die Applikation während der Pilotphase vollständig mit den sogenannten „Verticals“ des berlin.de-Designsystems umzusetzen. Hintergrund war, dass das bestehende Designsystem technisch auf älteren Annahmen beruht und seine Anwendung in komplexeren Webanwendungen einen hohen Anpassungs- und Wartungsaufwand erzeugt. Gleichzeitig wurde festgehalten, dass eine Anpassung an das Designsystem perspektivisch notwendig ist, jedoch sinnvollerweise erst nach der angekündigten Weiterentwicklung der zentralen Komponentenbibliothek erfolgen sollte, um doppelte Entwicklungsarbeit zu vermeiden.

KI-INTEGRATION

Die Einbindung von KI wurde im Projektverlauf gemeinsam mit dem Entwicklungspartner geprüft, jedoch bewusst verworfen. Das Projektteam kam zu dem Schluss, dass KI im Kontext des Pilotprojekts keinen unmittelbaren Mehrwert für die Zielgruppen bietet. Vor dem Hintergrund des begrenzten Budgets wurde entschieden, die verfügbaren Mittel stattdessen in die funktionale Umsetzung, Prozessabbildung und

Nutzer:innenführung zu investieren.

Mehrstufiger Testprozess

Um sicherzustellen, dass der Prototyp nicht nur technisch funktioniert, sondern auch in realen Szenarien nutzbar ist, wurde ein dreistufiges Testverfahren aufgesetzt. Ziel war es, das Tool aus drei unterschiedlichen Blickwinkeln zu prüfen: funktional, nutzungsfreundlich und hinsichtlich seiner Übertragbarkeit auf andere Bezirke.

PHASE 1: INTERNER TEST

In einer ersten Testrunde nutzten Mitarbeitende von AG.URBAN und der SPK das System in verschiedenen Rollen – als Bürger:innen, Kiezpat:innen und Verwaltung. Der Fokus lag auf technischen Fehlern, unklaren Formularlogiken, inkonsistenten Texten und grundlegender Bedienbarkeit. Alle Hinweise wurden strukturiert gesammelt und als Tickets priorisiert. Dieser interne Test stellte sicher, dass für den späteren Workshop mit Bürger:innen und Politik ein stabiler und durchdachter Stand vorlag.

PHASE 2: TEST-WORKSHOP IM CITY-LAB BERLIN

Der zentrale Meilenstein war ein vierstündiger Test-Workshop mit Bürger:innen, Kiezpat:innen und Mitarbeitenden der Verwaltung im CityLAB Berlin. Die Zusammensetzung der Teilnehmenden wurde bewusst divers gewählt: verschiedene Altersgruppen, digitale Erfahrungsniveau, Personen mit und ohne Vorerfahrung in den Kiezkassen. Ziel war es, reale Nutzungssituationen möglichst authentisch nachzustellen.

Der Workshop folgte einem Ablauf, in dem der gesamte Kiezkassenprozess einmal durchgespielt wurde:

1. Ideeneinreichung: Bürger:innen registrierten sich, erfassten eine eigene Projektidee, prüften Förderfähigkeit und lernten die Nutzerführung kennen. Parallel arbeitete eine Gruppe aus Kiezpat:innen und BVV-Büro an der Vorbereitung der digitalen Versammlung.

Besonders wichtig waren Rückmeldungen zur Navigation, Sichtbarkeit zentraler Buttons sowie zu Hilfetexten und Zwischenspeicherungen.

2. Simulation der Kiezkassenversammlung: Im großen Plenum wurde eine reale Versammlung nachgestellt: QR-Code-Anmeldung, Vorstellung von Ideen, digitale Stimmungsbilder, Abstimmung und Protokollierung.

Diese Phase zeigte eindrücklich, dass viele Unklarheiten in der Applikation aus fehlenden verbindlichen Abläufen in den analogen Versammlungen resultieren. Die digitale Umsetzung machte sichtbar, wo der Prozess selbst präzisiert werden muss, damit das Tool überhaupt eindeutig funktionieren kann.

3. Antragstellung bis Abrechnung: In Kleingruppen wurden Antragstellung, Nachrichtenfunktion, Mittelabruf und Projektabschluss getestet. Bürger:innen und Verwaltung spielten den Dialog miteinander durch, wodurch wertvolle Einblicke in die praktische Machbarkeit gewonnen wurden – etwa zur Nachvollziehbarkeit von Änderungen oder der Notwendigkeit automatischer Plausibilitätsprüfungen.

Die Rückmeldungen waren überwiegend positiv. Besonders hervorgehoben wurden das moderne Design, die Zentralisierung von Informationen und Aktionen und die Erleichterung der Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürgerschaft. Gleichzeitig wurden zahlreiche konkrete Verbesserungen benannt, die nach dem Workshop in enger Abstimmung mit Effect bewertet und je nach Priorisierung und Umsetzbarkeit auf GitLab in neue Tickets umgewandelt wurden.

Zur Realität gehört jedoch auch, dass eine ca. 70-Jährige Testperson den Workshop frühzeitig verließ, da sie sich überfordert fühlte. Dies konnte leider erst durch einen späteren Kontakt rekonstruiert werden, so dass es dem Projektteam in dem Moment nicht möglich war, individuell auf die Person einzugehen um noch direktere Unterstützung zu leisten. Auch nahm leider trotz frühzeitiger Einladung nur eine kleine Anzahl von Kiezpat:innen am Workshop teil, und insbesondere beim Durchspielen der Versammlung zeigte sich, dass es hier Unsicherheit seitens der Kiezpat:innen gab, die aber weniger durch die Funktionsweise der Applikation hervorgerufen wurde, und mehr durch den Ansatz der Standardisierung, da Abstimmungen und die Bestimmung von sogenannten „Nachrückerprojekten“ in vielen Bezirksregionen individuell gehandhabt wird.

Die Dokumentation zum Testworkshop findet sich auf der Projektwebseite.¹⁴

AUSSTEHENDE PHASE 3: PROBEBETRIEB AM REALFALL UND ZUGANG FÜR WEITERE BEZIRKE

Eine dritte, noch ausstehende Testphase, wurde im Rahmen des Pilotprojekts konzipiert und vorbereitet. In diesem Schritt soll die Kiezkassen-Applikation am Realfall – mit echten Antragstellenden und Versammlungen – in der kommenden Kiezkassensaison 2026 erprobt werden (s. Kapitel „Verstetigung“).

Parallel dazu sollen Verwaltungsmitarbeitende aus anderen Berliner Bezirken Zugang zur Applikation erhalten. Ziel soll es sein, mögliche Anpassungserfordernisse für andere Bezirke sichtbar zu machen und Hinweise zur Übertragbarkeit auf vergleichbare Förderkulissen zu sammeln, etwa für bezirkliche Stadtteilmfonds oder Mikroförderprogramme, um diese auf Landesebene zu verankern (s. Kapitel „Skalierung“).

Das Testkonzept für Phase drei beinhaltet ein Kommunikationskonzept zur Ansprache interessierter Verwaltungsmitarbeiter:innen, Video-Tutorials zur Einführung in die Applikation sowie eine Umfrage, die zu Auswertungszwecken an alle Teilnehmenden versendet wird.

SOFTWARE ERDENKEN VS. SOFTWARE BAUEN

REFLEXIONEN ZU DEN MEILEN- STEINEN “TOOLENTWICKLUNG UND -TESTUNG“

Ein Großteil der ausgeschriebenen Funktionen konnte realisiert werden – bemerkenswert angesichts des im Vergleich niedrigsten Budgets unter den GD:B-Pilotprojekten. Gleichzeitig zeigte sich, dass manche fachliche Annahmen aus der Ausschreibungsphase im Laufe der Umsetzung erneut überprüft werden mussten, etwa weil technische Machbarkeit, Priorisierung oder Abhängigkeiten zwischen einzelnen Modulen erst bei der Entwicklung sichtbar wurden. Eine frühere, intensivere technische Beratung hätte hier möglicherweise geholfen, den Umfang präziser zu fassen und spätere Iterationen zu reduzieren.

Gespräche mit Berlin Online und dem ITDZ fanden statt und waren für das Verständnis der landesweiten Architektur und zukünftiger Anschlussfähigkeit wertvoll. Beide Stellen machten jedoch früh transparent, dass sie bezirkliche Pilotvorhaben in dieser Tiefe nicht begleiten können – nicht aus mangelndem Interesse, sondern aufgrund struktureller Ressourcenknappheit. Auch auf Bezirksebene war technische Expertise nur begrenzt verfügbar. Die IT-Stellen sind chronisch unterbesetzt, niedrig besoldet und in erster Linie mit dem operativen Tagesgeschäft ausgelastet. Hinzu kam, dass die bezirkliche IT-Stelle aufgrund individueller Haltungen und Kommunikationsdynamiken als fachlich versierter Projektpartner nicht zur Verfügung stand. Dadurch fehlten im Projekt alltägliche technische Verbündete, die bei Architekturfragen, Hostingoptionen oder Sicherheitsanforderungen hätten frühzeitig unterstützen können.

Diese strukturelle Situation erklärt, warum viele technische Weichenstellungen letztlich im engen Austausch zwischen Projektteam und Entwicklungspartner vorgenommen wurden. Das war für die flexible Entwicklung ein großer Vorteil, aufgrund der fehlenden Perspektive der bestehenden Berliner IT-Strukturen ergaben sich daraus aber auch Folgeklärungsbedarfe. Sie verdeutlicht gleichzeitig ein zentrales Lernmoment: Digitale Innovationen im Verwaltungsbereich benötigen stabile und offene IT-Strukturen, die Projekte auch intern beraten, begleiten und verstetigen können.

Ein anderes Learning des Entwicklungsprozesses betrifft die Nachnutzung der Applikation für vergleichbare Förderkulissen in Berlin. So ist sie zwar modular und Open Source-basiert aufgebaut, aber trotzdem nicht von Verwaltungsmitarbeitenden selbstständig anpassbar, dies ist immer mit einem externen Entwicklungsaufwand und damit für die Verwaltung mit einer Ausschreibung und Kosten verbunden. Technisch wäre es möglich, die Applikation zu einem produktifiziertem System zu machen. Gemeint ist damit ein Umbau von der projektspezifischen Anwendung hin zu einem CMS-ähnlichen System, das dann ohne Eingriffe von Entwickler:innen an unterschiedliche Kontexte angepasst werden kann (Texte, Formulare, Fristen, Rollen,

Schritte wären dann über eine Administrationsoberfläche bearbeitbar). Dies würde jedoch einen erheblichen Entwicklungsaufwand bedeuten, der innerhalb des Pilotprojekts gar nicht zu leisten war. Grundsätzlich zeigte sich auch durch eine Kooperationsvereinbarung mit dem Bezirk Marzahn-Hellersdorf, die nach Fertigstellung des Prototypen getroffen wurde, um die Applikation dort für den lokalen Bürgerhaushalt anzupassen und zu verwenden, dass die Applikation zwar einen hohen Mehrwert hat und leicht konfigurierbar ist, es aber unökonomisch ist, sie nun für jede Förderkategorie in jedem Bezirk individuell anzupassen.

Weiterhin zeigte die Testung: Die Applikation funktioniert sehr gut, aber ist aufgrund der Vielzahl von Funktionen und des nach wie vor komplexen, mehrstufigen Prozesses nicht so intuitiv und niedrigschwellig, dass sie selbsterklärend ist. Es bedarf einer Einführung, und die Nutzer:innenerfahrung mit der Applikation ist durchaus abhängig von digitalen (Vor-)Kenntnissen.

Die Sorge, durch Digitalisierung Barrieren aufzubauen, wo eigentlich welche abgebaut werden sollten, beschäftigt das Team im Pilotprojekt seit seiner Genese; insbesondere da im Prozess bisher viele ältere Menschen vertreten sind. Wie GD:B selbst verfolgte auch das Projektteam hier jedoch einen Ansatz der „Hilfe zur Selbsthilfe“ bzw. Ermächtigung: selbstverständlich gibt es bei dringendem Bedarf nach wie vor analoge Teilnahmemöglichkeiten am Prozess, vor allem aber sollen die Nutzer:innen der Applikation bei der erstmaligen Anwendung gut betreut und begleitet werden.

So ist zum Beispiel eine Anekdote aus dem Jahr 2023 einprägsam: noch bevor die Applikation in die Entwicklung ging, wurde bereits übergangsweise ein digitales Formular mittels Jotform eingeführt, um das PDF-Formular abzulösen. Es kamen berechtigterweise Sorgen auf, dass dies weniger digital affine Menschen überfordern oder ausschließen könnte. Tatsächlich zeigte sich aber, dass trotz der Möglichkeit, den Antrag weiterhin per PDF einzureichen, alle Anträge bis auf einen digital eingingen. Es gab die telefonische Möglichkeit für Rückfragen, und über die Anlaufstelle für Bürger:innenbeteiligung erreichte das Bezirksamt eine Antragstellerin, die in den vergangenen Jahren immer handschriftlich ihren Antrag in Briefform übermittelt hatte. Nun saß sie jedoch vor dem Bildschirm und war bereit und motiviert, mit Unterstützung den Antrag digital einzureichen. Schritt für Schritt wurde das Formular gemeinsam ausgefüllt, der Aufbau nachvollziehbar erklärt. Am Ende löste der erfolgreich abgesendete Antrag ein regelrechtes Triumphgefühl aus, der gut hörbar war, da die Dame nicht alleine anrief, sondern von Freundinnen umgeben war, die ebenfalls mitgefiebert hatten und sich lauthals mit ihr freuten.

Durch andere GD:B-Projekte wie das Silbernetz¹⁵ oder Digital-Zebra¹⁶, das 2026 auch in Treptow-Köpenick erreichbar sein soll, sowie durch die Mitarbeit der Anlaufstelle für Bürger:innenbeteiligung kann auch langfristig sichergestellt werden, dass Menschen im Bezirk, egal mit welchen Fähigkeiten sie zu den Kiezkassen kommen, gut mitgenommen und begleitet werden.

15 [Silbernetz](#). (n.d.).

16 [Zentral- und Landesbibliothek Berlin](#). (n.d.).



Visualisierung der Materialien für die Öffentlichkeitskampagne

Öffentlichkeitskampagne

Die Bestandsanalyse hatte deutlich gezeigt, dass ein zentrales Problem der Kiezkassen nicht in ihrer Ausgestaltung liegt, sondern in ihrer Außendarstellung. Viele Bürger:innen kennen das Format nicht, die Informationswege sind uneinheitlich, und die Kommunikation hängt stark vom Engagement einzelner Kiezpat:innen ab. Dies führt dazu, dass bestimmte Gruppen oder Regionen gut erreicht werden, während andere kaum auf die Förderkulisse aufmerksam gemacht werden. Damit wird das eigentliche Potenzial der Kiezkassen als niederschwelliges Beteiligungsinstrument nicht ausgeschöpft.

Für ein Pilotprojekt, das Beteiligung vereinfachen und inklusiver gestalten will, ist Öffentlichkeitsarbeit daher nicht nur ein ergänzender Baustein, sondern eine notwendige strukturelle Voraussetzung. Ziel des Meilensteins war es, ein konsistentes Erscheinungsbild und nutzbare Werkzeuge zu entwickeln, die im Bezirk verbindlich eingesetzt werden können und die Sichtbarkeit der Kiezkassen nachhaltig verbessern. Das zu entwickelnde Kom-

munikationskonzept sollte dabei auch als Vorlage zur Durchführung einer Kampagne dienen, die in Treptow-Köpenick, aber nach ähnlichem Vorbild auch für andere Kulissen, durchgeführt werden könnte.

Markenbildungsprozess: Identität und kommunikative Ausrichtung

Zu Beginn wurde ein kurzer Markenbildungsprozess durchgeführt, der nicht als klassische Markenstudie, sondern als Orientierung für Tonalität und visuelle Richtung diente. Befragt wurden die Mitarbeitenden der Sozialraumorientierte Planungscoordination (SPK) sowie der Vorsteher der BVV. Im Mittelpunkt standen Fragen nach der Identität der Kiezkassen:

- Wie sollen sie wahrgenommen werden?
- Welche Werte sollen sie transportieren?
- Soll der Fokus stärker auf Nachbarschaft, Demokratie oder auf praktischer Projektförderung liegen?



Diese Perspektiven bildeten die Grundlage für die gestalterische Entwicklung.

Daraufhin entwarf AG.URBAN zwei Gestaltungsvarianten, die sich in Bildsprache, Farbwelt und Betonung unterscheiden. Die Varianten wurden im zweiten BVV-Workshop (s. Dokumentation) vorgestellt und gemeinsam mit den zukünftigen Anwender:innen der Marke diskutiert. Die Rückmeldungen favorisierten eindeutig eine Variante, die sowohl niedrigschwellig als auch wiedererkennbar war und die unterschiedlichen Bezirksregionen individuell präsentierte. Diese Variante wurde im Anschluss weiter ausgearbeitet und in ein konsistentes Markenhandbuch überführt.

Die Kleinteiligkeit der Materialien – individuelle Logos und Farbkonzepte für alle 20 Bezirksregionen – machte den Gestaltungsprozess zwar langwieriger, aber hat am Ende auch zu einem wirklich vielseitigen Design geführt, das über viele Jahre angepasst oder weiterentwickelt werden kann.

Material und Übergabe

Auf Grundlage der gewählten Gestaltungsvariante entwickelte AG.URBAN ein umfassendes Set an Kommunikationsmaterialien, das erstmals für alle 20 Bezirksregionen genutzt werden kann. Dazu gehören:

- **Plakate** zur allgemeinen Bewerbung sowie mit 20 bezirksregionenspezifische Versionen.
- **Flyer** mit klaren Informationen über Ablauf und Förderziele.
- **Individualisierbare Einleger für den Flyer**, um Termine der Versammlungen anzukündigen und Kontaktinformationen der Kiezpat:innen einzutragen.
- **Social-Media-Vorlagen** für digitale Kanäle des Bezirksamtes (Grid-Posts und Stories)
- Ein **Starterkit für Kiezpat:innen** mit Checklisten, Hinweisen und Vorlagen zur Unterstützung

In den gemeinsamen Workshops wurde von Kiezpat:innen explizit der Wunsch geäußert, dass Vorlagen in einem Format übergeben werden sollten, das auch für Personen ohne jegliche Grafikenkenntnisse

anpassbar wären. Daher wurden die Dateien, die für die Kiezpat:innen individualisierbar sein sollten nicht nur als offene .ai-Dateien an die Pressestelle übergeben, sondern auch als PowerPoint-Dateien aufbereitet und bereitgestellt.

Die Bedeutung des Starterkits

Die Entwicklung und Abstimmung des Starterkits dauerten über ein ganzes Projektjahr an. Es hat in seiner aktuellen Fassung rund 30 Seiten, aufgeteilt in drei Kapitel: Öffentlichkeitsarbeit, Kiezkassenversammlung und Kiezkassen-Applikation.

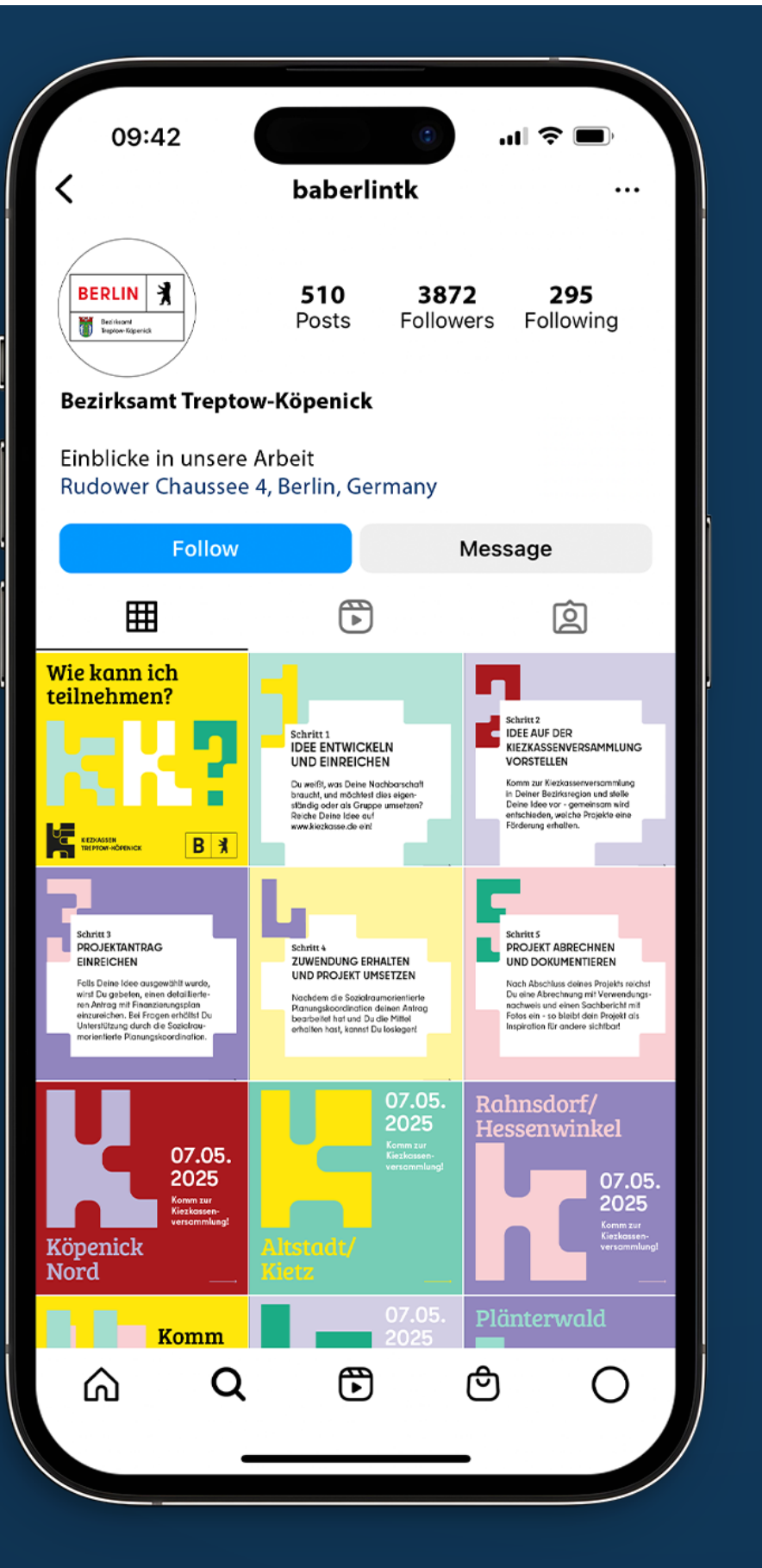
Das Starterkit stellt gewissermaßen die „Anleitung“ für eine einheitliche Kommunikation und Durchführung der Kiezkassen in den Regionen dar: Es erklärt, wie die Kiezkassen beworben werden sollten, welche Mindeststandards an Information nötig sind und wie Versammlungen strukturiert angekündigt und durchgeführt werden sollen. Damit ist erstmals ein Instrument entstanden, das eine gemeinsame Grundlage zur Vereinheitlichung schafft und gleichzeitig Raum für ortsspezifische Unterschiede lässt.

Verbindlichkeit der Materialien

Eine verbindliche, erkennbare Öffentlichkeitsarbeit ist aus zwei Gründen essenziell:

- 1. Für die Bürger:innen:** Sie müssen wissen, dass es die Kiezkassen gibt, was sie bedeuten und wie sie teilnehmen können. Nur dann entstehen vielfältigere Beteiligungen, neue Zielgruppen und ein wirklich inklusiver Prozess.
- 2. Für die Legitimation des Instruments:** Als partizipatives Budgetierungsverfahren lebt die Glaubwürdigkeit der Kiezkassen von Transparenz, Erreichbarkeit und klaren Abläufen. Fehlende Öffentlichkeitsarbeit wirkt sich unmittelbar auf die politische Wahrnehmung und auf die demokratische Funktion des Formats aus.

Eine formale Beschlussfassung der BVV zu diesen Materialien erfolgte am 15. Januar 2026. Das Pilotprojekt hat somit die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass sowohl die Applikation als auch die Öffentlichkeitsmaterialien endlich einheitlichere Standards für die Durchführung der Kiezkassen setzen können.



Visualisierung der Materialien für die Öffentlichkeitskampagne

POLITISCHE ANBINDUNG UND ABHÄNGIGKEIT VON DER BEZIRKS-VERORDNETENVERSAMMLUNG

REFLEXIONEN ZUM MEILENSTEIN „ÖFFENTLICHKEITSKAMPAGNE“

Die Öffentlichkeitsarbeit hat verdeutlicht, wie stark der Kiezkassenprozess in Treptow-Köpenick durch seine politische Anbindung geprägt ist. Die Bewerbung der Versammlungen findet traditionell „vor Ort“ durch die Kiezpat:innen statt – ein Modell, das Nähe und lokale Vernetzung schafft, zugleich aber zu einer ausgeprägten Uneinheitlichkeit führen kann. Wie schon in der Bestandsanalyse wurden in den Workshops zur ÖA-Kampagne die regionalen Unterschiede deutlich: Manche Bezirksregionen werden sehr engagiert beworben, andere kaum. Diese Abhängigkeit von einzelnen Personen wirkt sich unmittelbar auf Reichweite, Zusammensetzung der Teilnehmenden und damit auf die demokratische Qualität des Instruments aus.

Dieser Umstand spiegelte sich auch im Rahmen des Pilotprojekts wider: Obwohl alle 40 Kiezpat:innen (zwei pro Region) zu den Workshops im Rahmen des Pilotprojekts eingeladen waren, haben letztlich nur wenige von ihnen aktiv am Prozess teilgenommen oder Rückmeldungen gegeben. Aus Sicht des Projektteams spiegelt dies ein strukturelles Problem wider: Einerseits gibt es innerhalb der BVV deutliche Kritik an der bisherigen Öffentlichkeitsarbeit – inklusive der Forderung, diese verbindlicher und professioneller auszugestalten. So wurde bereits 2022 ein BVV-Beschluss¹⁷ gefasst, der letztendlich die Neuausrichtung der Öffentlichkeitsarbeit forderte. Andererseits wurde das Angebot, diesen Prozess gemeinsam zu gestalten nur punktuell genutzt, dabei hängt die Entfaltung der Wirkung der konzipierten Materialien und Kampagne stark von ihrer konsequenten Anwendung der Kiezpat:innen ab.

Dieser Umstand ist nicht ungewöhnlich und auch kein rein politisches Problem; er verweist vielmehr auf eine generelle Herausforderung partizipativer Instrumente: Wenn Kommunikation nicht klar geregelt ist, hängt die Wirksamkeit eines Verfahrens stark vom individuellen Engagement ab. Das führt zu Ungleichheiten zwischen Nachbarschaften und erschwert es Bürger:innen, das Verfahren zu verstehen oder als verlässlich wahrzunehmen.

Das im Rahmen des Pilotprojekts entwickelte „Starterkit“ greift diesen Befund erstmals systematisch auf. Es bündelt Empfehlungen zur Öffentlichkeitsarbeit – von der Ansprache lokaler Multiplikator:innen bis hin zu einheitlichen Vorlagen und Abläufen – und schafft damit einen Mindeststandard, der bislang fehlte. Diese Strukturierung ist nicht nur für die Kiezkassen selbst relevant, sondern zeigt exemplarisch, dass partizipative Förderkulissen ohne verlässliche, gut kuratierte Kommunikation ihre Wirkung nicht entfalten können. Bürger:innen können nur teilhaben, wenn sie wissen, dass eine Beteiligungsmöglichkeit existiert – und wie sie sich beteiligen können.

Die Öffentlichkeitsarbeit ist jedoch nicht nur organisatorische Pflicht, sondern demokratiepolitische Grundlage. Gerade partizipative Budgetverfahren sollen breitere Teilhabe ermöglichen und bislang wenig repräsentierte Gruppen ansprechen. In vielen Förderkulissen wird dies jedoch nicht konsequent verfolgt – häufig aus Sorge vor wachsendem Verwaltungsaufwand. Hier eröffnet die digitale Applikation einen neuen Zugang: Sie unterstützt Transparenz und senkt die Einstiegshürden, sodass Qualität der Ideen und nicht Informiertheit oder Vernetzung über Beteiligung entscheiden.

Das Pilotprojekt verdeutlicht, dass Öffentlichkeitsarbeit als fester Bestandteil partizipativer Förderinstrumente mitgedacht werden muss. Klare Mindeststandards, einheitliche Informationszugänge und eine übertragbare Kommunikationslogik sind Voraussetzungen dafür, dass Stadtteilbudgets berlinweit fair funktionieren und ihr demokratieförderndes Potenzial entfalten können.

KAPITEL 4: WAS HABEN WIR ENTWICKELT? DER PROTOTYP IM ÜBERBLICK

Ein Ort für Alle(s)

Die Bestandsaufnahme hat deutlich gemacht, dass der bisherige Kiezkassenprozess vor allem an einer Stelle krankte: Es gab keinen durchgängigen, nachvollziehbaren und zentralen Ort, an dem alle Schritte zusammenliefen. Informationen, Ideen, Infos zu den Versammlungen, Antragsformulare, Bescheide und Dokumentationen waren über viele Kanäle verteilt – teilweise digital, teilweise analog, häufig unverbunden. Die Medienbrüche führten zu Intransparenz, Fehlern, hohem Verwaltungsaufwand und zu Ausschlüssen für Menschen, die sich nicht routiniert im Verfahren bewegen.

Früh wurde klar, dass eine punktuelle Digitalisierung – etwa nur ein Onlineformular, ein externes Abstimmungs-tool oder ein Verwaltungssystem für Zuwendungen – diese Probleme nicht lösen kann. Die ergänzende Markterkundung bestätigte diesen Eindruck: Es gibt Tools für Beteiligung und Tools für Förderabwicklung, aber keine Lösung, die beide Logiken vereint. Genau diese Verbindung ist für die Kiezkassen zentral, denn sie sind sowohl ein partizipatives Beteiligungsverfahren als auch ein formal geregeltes Zuwendungsverfahren. Beide Seiten greifen ineinander und beeinflussen sich wechselseitig:

Wie bereits erwähnt, gewinnt vor dem Hintergrund zunehmend angespannter Haushaltslagen und sinkender öffentlicher Mittel die Frage: wie Fördergelder transparent, fair und nachvollziehbar vergeben werden, weiter an Bedeutung.

Partizipative Verfahren können hier eine wichtige Rolle spielen: Sie ermöglichen es, Entscheidungen über Kleinstförderungen demokratisch zu legitimieren und sichtbar zu machen, anhand welcher Kriterien Projekte Priorität erhalten. Dabei muss Beteiligung nicht zwangsläufig in Form einer klassischen Bürgerversammlung stattfinden – entscheidend ist, dass Auswahl- und Entscheidungswege offen, verständlich und überprüfbar sind.

Gerade im digitalen Raum wird dieser Anspruch bisher selten eingelöst. Viele bestehende Lösungen für Zuwendungen oder Mikroförderungen bilden zwar den Verwaltungsprozess ab, berücksichtigen aber nicht die notwendige Transparenz und Nachvollziehbarkeit von Auswahlentscheidungen. Umgekehrt fokussieren sich Beteiligungsplattformen häufig auf Interaktion, jedoch ohne Anschluss an die formalen Verwaltungsverfahren. Für funktionierende partizipative Förderinstrumente braucht es beides: einen klar strukturierten, rechtskonformen Verwaltungsprozess und eine zugängliche, bürgerzentrierte Gestaltung, die auch Menschen ohne professionelle Erfahrung im Umgang mit Anträgen oder Verwaltungsprozessen abholt. Da diese Gesamtlösung so bislang nicht existierte, fiel die Entscheidung letztendlich auf eine eigenständige Neuentwicklung, die den vollständigen Prozess digital abbilden kann. Das Ergebnis ist eine browserbasierte Plattform bzw. Applikation mit Funktionen, die den gesamten Prozess begleitet und digital unterstützt.

1 INFORMATION UND BEWERBUNG

- Informationen auf verschiedenen Seiten
- Keine visuelle Identität und Marke

- Einheitliche Öffentlichkeitsarbeit mit neuem Markenauftritt
- Zentrale Informationsseite: www.kiezkasse.de



www.kiezkasse.de

2 IDEENSAMMLUNG

- Einreichung über verschiedene Kanäle
- Telefonische Beratung zu Förderfähigkeit

- Digitale Einreichung
- „Fördercheck“ mit einheitlichen Kriterien
- Automatisierte Benachrichtigungen

3 KIEZKASSENVERSAMMLUNG

- Analoge Versammlung
- Protokollierung auf Flipchart
- Abstimmung per Handzeichen

- Digital begleitete Versammlung
Anmeldung, Budgetanpassung, Abstimmung, Visualisierung

4 PROJEKTANTRAG

- Einreichung des PDF-Antrages per E-Mail oder Post
- Individueller Kontakt bei Rückfragen und Änderungen
- Manuelle Erstellung und Versand von Zuwendungsbescheiden

- Ein Account für alle Antragschritte
- Plausibilitätsprüfung beim Erfassen
- Automatische Bescheiderstellung
- Direkte Kommunikation zwischen Bürger:innen und Verwaltung

5 ABRECHNUNG UND DOKUMENTATION

- Abrechnung mit Sachbericht und Belegen per E-Mail
- Veröffentlichung der Projekte auf den Seiten des Bezirksamtes

- Digitales Einreichen von Bericht, Fotos und Belegen
- Veröffentlichung der Berichte auf der Plattform
- Umfrage zur Evaluation für alle Teilnehmenden

Test-Workshop der Kiezkassen-Applikation im CityLAB (März 2025)

Zentrale Funktionen im Detail

Zentrale Informations- und Einstiegsseite

Alle relevanten Informationen zu den Kiezkassen - Ablauf, Termine, häufige Fragen, verfügbare Mittel sowie Kontaktmöglichkeiten und eine Newsletter-Funktion - sind gebündelt und verständlich aufbereitet. Auf der Startseite können Bürger:innen zudem in einem Kartenmodul direkt das in ihrer Region verfügbare Budget, sowie die bereits eingereichten Ideen einsehen, ohne sich vorher anmelden zu müssen. Die Applikation ist im neuen Design der Kiezkassen gestaltet und hat so auch in Verbindung mit analogen Öffentlichkeitsmaterialien einen hohen Wiedererkennungswert.

Ideeneinreichung mit Fördercheck

Bürger:innen können ihre Idee digital einreichen. Dafür muss eine Registrierung mit E-Mail und Klarnamen erfolgen. Eine Checkliste unterstützt Bürger:innen dabei, die Förderfähigkeit ihrer Projektidee zu prüfen, mögliche Ausschlüsse zu erkennen und offene Fragen zu klären. Dies reduziert Rückfragen und schafft früh Klarheit. Ein zentraler Wunsch - die Beratung über alternative Förderkulissen oder auch ein Hinweis auf bereits bestehende Sachmittel, die zur Umsetzung der eigenen Idee geliehen werden können - konnte leider im Rahmen des Pilotprojekts nicht mehr realisiert werden, könnte aber im Rahmen einer Weiterentwicklung angegangen werden (s. Kapitel 5).

Digitale Unterstützung der Kiezkassenversammlung

Bürger:innen werden nach Einreichen ihrer Idee automatisch per E-Mail über die anstehende Versammlung in ihrer Region informiert. Auch für die Kiezpat:innen bietet die Applikation hier Unterstützung und ermöglicht erstmals eine hybride Durchführung der Versammlungen. So können Teilnehmende sich bei Ankunft direkt per QR-Code für die Veranstaltung registrieren und eine Teilnehmendenliste wird automatisch erstellt. Weiterhin unterstützt die Applikation die Moderation der Versammlung: eingereichte Ideen können eingebildet, vorgestellt, diskutiert und mittels Stimmungsbilder direkt bewertet werden. Durch diese gemeinsame Priorisierung und das Anpassen der beantragten Budgets wird die Vergabe der Mittel nachvollziehbarer und eine abschließende Abstimmung sichert die Legitimation des Verfahrens – denn wie die Mittel der Kiezkassen vergeben werden, entscheiden Bürger:innen in der Versammlung selbst. Kiezpat:innen und Verwaltung können im Anschluss das Beschlussprotokoll, inklusive dezidierten Nachrückerprojekten und Bemerkungen zu einzelnen Projekten, direkt herunterladen. So bleibt die Kiezkassenversammlung ein sozialer, analoger Ort – wird aber digital begleitet, um Transparenz und Nachvollziehbarkeit zu sichern.

Digitaler Projektantrag

Nach der Versammlung können Antragstellende ihren offiziellen (und förderrechtlich-relevanten) Projektantrag direkt im System vervollständigen und einreichen. Wichtig ist: sie müssen dabei keine Informationen erneut eingeben, sondern lediglich ihre bereits eingereichte Idee um weitere Informationen wie einen Finanzierungsplan und Kontaktinformationen ergänzen. Eine strukturierte Nutzerführung hilft beim Eintragen von Kosten, beim Upload von

Anhängen und bei der Formulierung des Projektziels. Der Verwaltungsaufwand sinkt, weil Daten zentral, einheitlich und prüfbar eingehen.

Kommunikation und Rückfragen direkt im System

Verwaltung und Antragstellende kommunizieren an einer zentralen Stelle – im System. Hinweise, Ergänzungen und Nachfragen werden klar zugeordnet und dokumentiert, sodass Informationsverluste vermieden werden. Für Verwaltungsteams bedeutet dies eine deutliche Entlastung, da keine individuellen E-Mails oder Anrufe mehr beantwortet werden müssen. Bürger:innen werden über den Status ihres Projektantrags informiert und erhalten Benachrichtigungen per E-Mail wenn eine Frage eingeht oder eine Handlung von ihnen erforderlich ist.

Zuwendungsbescheid und Mittelabruf

Sobald Antrag und Finanzierungsplan vollständig sind und erfolgreich geprüft wurden, kann im System unter Berücksichtigung des Vier-Augen-Prinzips der Zuwendungsbescheid automatisch generiert werden. Er ist sowohl für Bürger:innen wie auch Verwaltung abrufbar. Antragstellende können anschließend ebenfalls digital die Mittel abrufen und bei Bedarf einen Änderungsantrag stellen. Auch hier werden die notwendigen Bescheide automatisch generiert und bereitgestellt. Die Verwaltung verfügt somit über klare Prüfschritte, definierte Workflows und eine transparente Dokumentation. Und Bürger:innen werden durch den mehrschrittigen Prozess geleitet und müssen nicht mehrfach Formulare ausfüllen.

Abrechnung und Dokumentation

Nach der Auszahlung der Mittel, die nach wie vor manuell über ProfFiskal (künftig MACH), die zentrale Software für das Rechnungswesen im Land Berlin, getätigt wird, können Bürger:innen mit der Umsetzung ihrer Projekte beginnen. In dieser Phase dient die Applikation lediglich als Kontaktpunkt, falls es Nachfragen oder Änderungen im Projektverlauf gibt. Nach Abschluss des Projekts folgt die Abrechnung innerhalb der Applikation: Beleglisten, Sachberichte und Nachweise werden strukturiert eingebracht und können direkt geprüft werden. Zuletzt hat die Verwaltung die Möglichkeit, Sachberichte direkt zu redigieren und zur Dokumentation auf der Startseite zu veröffentlichen – das schafft wiederum Best Practice-Beispiele für nächste Jahre und hilft bei der Öffentlichkeitswirksamkeit der Kiezkassen.

Evaluation

Nach Abschluss ihres Projekts erhalten Projektträger:innen automatisch eine kurze Umfrage. So können Erfahrungen systematisch erfasst und für die Weiterentwicklung genutzt werden. Außerdem werden durch diese Evaluation Kenndaten erfasst, die zur Wirkungsmessung der Applikation – und damit des Pilotprojekts – beitragen.

Technische Zusammenfassung

Aus technischer Sicht ist der Prototyp so aufgebaut, wie man heute eine modulare, gut wartbare Webanwendung aufsetzen würde: klar getrennte Funktionsbereiche, offene Schnittstellen und ein technologischer Stack („Technologie-Stapel“), der auf gängigen Open-Source-Komponenten basiert. Die Kiezkassen-Applikation besteht im Kern aus drei logischen Ebenen: einem modernen Frontend, einer API-basierten Backend-Logik und einer Datenhaltung, die bewusst so strukturiert wurde, dass spätere Erweiterungen – etwa für weitere Bezirke oder zusätzliche Förderkulissen – ohne große Eingriffe möglich sind.

Das **Frontend** ist eine klassische Single-Page-Application, basierend auf React und einer klar gegliederten Komponentenarchitektur. Viele wiederkehrende Elemente – Formulare, Checklisten, Übersichtsseiten – sind modular aufgebaut, sodass sie an mehreren Stellen wiederverwendet werden können. Das hilft nicht nur bei der Pflege, sondern erleichtert auch spätere Weiterentwicklung für andere Bezirke/Kommunen/Träger:innen oder Verfahren. Designseitig orientiert sich das Frontend an einem eigenen minimalen Komponentenstil, der bewusst unabhängig vom Berlin.de-Designsystem gewählt wurde, um in der Pilotphase schneller und flexibler arbeiten zu können.

Das **Backend** folgt einer serviceorientierten Logik und bildet die verschiedenen Prozessschritte der Kiezkassen jeweils als eigenständige Module ab: Ideeneinreichung, Verwaltungsprüfung, Nachrichten- und Feedbacksystem, digitale Moderation der Versammlung, Antragstellung, Bescheiderstellung und Abrechnung. Die Kommunikation läuft über eine dokumentierte REST-API, die auch externe Integrationen grundsätzlich ermöglicht. Als Rechtekonzept wurde eine rollenbasierte Zugriffskontrolle eingebaut. Mit dem Einsatz einer rollen-

basierten Zugriffskontrolle wird sichergestellt, dass Berechtigungen zwischen Bürger:innen, Kiezpat:innen und Verwaltungsrollen sauber voneinander getrennt sind.

Die **Datenhaltung** basiert auf einer relationalen Open-Source-Datenbank, in der alle Inhalte strukturiert abgelegt werden: Ideen, Nutzerkonten, Anträge, Prüf- und Bescheidprozesse, Beleglisten und Nachrichtenverläufe. Die Datenstruktur spiegelt den vollständigen Förderprozess wider und ermöglicht dadurch sowohl die Abbildung des aktuellen Kiezkassenverfahrens als auch zukünftige Erweiterungen – etwa andere Förderrichtlinien oder zusätzliche Prozessschritte.

Darüber hinaus nutzt der Prototyp mehrere etablierte Open-Source-Werkzeuge und Bibliotheken – u. a. für Formularvalidierung, PDF-Erstellung, serverseitige Nachrichtenverarbeitung, UI-Komponenten und die Integration von QR-Codes für die digitale Versammlung. All diese Bausteine sind offen dokumentiert und lizenzrechtlich kompatibel im [Git-Lab-Repository von Gemeinsam Digital: Berlin](https://www.gitlab.com/repositories/gemeinsam-digital-berlin) veröffentlicht. Der Code ist so strukturiert, dass andere Entwicklungsteams ihn leicht aufnehmen, erweitern oder in eigene Kontexte übertragen können.

Zusammengefasst ist die Applikation ein modularer, vollständig durchgängiger Prozessworkflow: von der Idee bis zur Abrechnung. Sie zeigt sowohl die Machbarkeit digitaler Beteiligungs- und Förderprozesse als auch die Flexibilität, die nötig ist, um in unterschiedlichen Bezirken oder anderen Förderkulissen eingesetzt zu werden. Technisch ist der Prototyp kein Experiment, sondern eine solide gebaute Webanwendung, die mit überschaubarem Aufwand weiterentwickelt, professionalisiert und langfristig verstetigt werden kann.

Die Kiezkassen-Applikation auf OpenCode:

www.gitlab.opencode.de/berlin/smarte-partizipation

Potenzielle Weiterentwicklungsmöglichkeiten

Die Applikation hat umfangreiche Funktionen, gleichzeitig bleibt auch aufzuzeigen, wo sie hinter anfänglichen Erwartungen zurückbleibt und wo Entwicklungsaufwände hingeflossen sind und wo nicht. Eingangs wurde bereits erwähnt, dass im ursprünglichen Projektantrag der Einsatz von KI zur Unterstützung von Bürger:innen bei der Ideeneinreichung angedacht war – zum Beispiel, indem sie interaktive Beratung zur Förderfähigkeit ihrer Idee erhalten oder bei der Formulierung des Projektantrags unterstützt werden. Auch wurden Datengrundlagen zu bereits geförderten Sachmitteln die durch die Kiezkassen finanziert wurden erarbeitet, um Doppelfinanzierungen zu vermeiden. Denn theoretisch müssen durch die Kiezkassen finanzierte Sachmittel der Öffentlichkeit bzw. den Nachbar:innen langfristig im Kiez zur Verfügung gestellt werden, in der Realität jedoch gibt es hier keine Kontaktregelungen oder eine formalisierte Verleihstruktur.

Beide Ansätze wurden zum Beginn der Entwicklung mit dem Team von &effect besprochen, aber aus Kosten- und Zeitgründen de-priorisiert, da der Fokus entsprechend eines „Minimum Viable Product“-Ansatzes in der Entwicklung darauf gelegt wurde, möglichst schnell den Gesamtprozess abbilden zu können, um die Applikation in die Anwendung zu bringen. Da eine öffentliche Auflistung der Kontaktpersonen für bereits geförderte Sachmittel um diese auszuleihen aus Datenschutzgründen nicht möglich war, wurde von einer weiteren digitalen Integration der Inventarliste abgesehen. Perspektivisch wäre dies jedoch eine für Bürger:innen – und im Sinne der Nachhaltigkeit – wichtige Erweiterung für Förderkulissen wie die Kiezkassen, die das Ziel haben, zum Beispiel Nachbarschaftsfeste

oder andere selbstorganisierte Aktionen von Bürger:innen zu unterstützen.

Ein weiterer wichtiger Punkt, der im Gespräch mit anderen Verantwortlichen für bezirkliche Stadtteilbudgets und vergleichbare Fonds aufkam war eine fehlende Übersicht und Such- oder Filtermöglichkeit für die Vielzahl von Förderkulissen im Land Berlin. Hier wurde im Rahmen des Projekts bereits eine bezirksweite Abfrage durchgeführt, die Entwicklung einer entsprechenden Gesamtdatenbank lag jedoch außerhalb der verfügbaren Ressourcen - und des Mandats des Pilotprojekts. Was es dringend braucht ist eine ansprechend gestaltete und intuitiv bedienbare Such- und Beratungsseite auf der Bürger:innen für ihr Anliegen und ihre Projektideen die passende Förderung finden können, unabhängig von ihrem Wohnort. Eine solche Seite wäre dann der ideale Einstieg für die Kiezassen-Applikation oder auch andere bereits bestehende Seiten und Auftritte von Kiezfonds oder Bürgerhaushalten. Hier braucht es jedoch eine bezirksübergreifende Steuerung und Koordinierung, um Informationen ämterübergreifend zu erfassen und gebündelt und aus Bürger:innensicht sinnvoll aufzuschlüsseln.



Vorstellung des Pilotprojekts beim Kiezlabor Meetup „Gelebte Beteiligung“ (Oktober 2025)

KAPITEL 5: WIE GEHT ES WEITER? VERSTETIGUNG & SKALIERUNG DER PROJEKTERGEBNISSE

Das letzte Halbjahr des Projekts: Netzwerkaufbau und Evaluation

Nach Abschluss der Entwicklungsphase und der erfolgreichen Testungen steht das Projekt an einem entscheidenden Punkt: Die Applikation ist voll funktionsfähig, prozessual konsistent aufgebaut und theoretisch einsetzbar. Allerdings kann ihre Wirkung entlang der Zielindikatoren noch nicht erhoben werden, da dafür ein breiterer Einsatz am Realfall in Treptow-Köpenick notwendig ist. Dieser soll im Rahmen eines Probebetriebs der Kiezkassen 2026 erfolgen.

Im letzten Halbjahr des Pilotprojektes konnte der Prototyp in seinen Funktionsweisen jedoch bereits unterschiedlichen Interessentengruppen in diversen Veranstaltungsformaten vorgestellt und auf mögliche Adaptionen hin diskutiert werden. Im Rahmen des Netzwerkaufbaus und der Gespräche mit Senatsverwaltungen, Quartiersmanagements und anderen Bezirken erreichten uns viele Anfragen zur Nachnutzung. Eine Interessensbekundung der Kolleg:innen aus dem Bezirk Marzahn-Hellersdorf mündete im August 2025 in eine Kooperationsvereinbarung zwischen Treptow-Köpenick und Marzahn-Hellersdorf. Sie begründete die Verwendung des OpenCodes der Kiezkassen-Applikation zur Anpassung und damit Nachnutzung der Software auf den Bürgerhaushalt in Marzahn-Hellersdorf noch im Pilotzeitraum. Zielsetzung und Gegenstand

des Zusammenwirkens zwischen den Kooperationspartner:innen war es, die gesamtstädtische digitale Beteiligung in den Bezirken nachhaltig zu stärken und die Projektergebnisse für weitere Verwaltungsanwendungen im Rahmen von partizipativen Budgetverteilungsprozessen nutzbar machen zu können.

Das Pilotprojekt hat gezeigt:

- **Bezirke sind wichtige Erprobungsräume**, in denen Verfahren realitätsnah getestet und weiterentwickelt werden können.
- Gleichzeitig brauchen digitale Lösungen im Bereich der Fördersachbearbeitung **immer eine landesweite Verankerung**, denn Fachverfahren dürfen nicht auf Bezirksebene isoliert entstehen oder dauerhaft dort betrieben werden.
- Durch die Kiezkassen-Applikation wurde ein **Landesprojekt für die Bezirke geöffnet**: Der Prozess hat zum ersten Mal sichtbar gemacht, dass kleine, partizipative Förderkulissen auf Landesebene bisher nicht mitgedacht wurden, und dass es digitale Lösungen braucht, die Verwaltung, Beteiligung und Zuwendung zusammendenken.
- Das Projekt hat eine **bisher nicht adressierte Zielgruppe** sichtbar gemacht – nämlich Bürger:innen ohne institutionelle Anbindung, die erstmals in die Lage kommen sollen, selbst kleine Fördermittel unkompliziert zu beantragen und ihr Wohnumfeld mitzugestalten.

Dieses Projekt ist damit ein Pilot im besten Sinne: klein im Volumen, aber mit potenziell großer struktureller Wirkung und Nachnutzung. Es hat gezeigt, dass

Zuwendungen als Beteiligungsinstrument gedacht werden können und dass digitale Lösungen komplexe Verwaltungsprozesse für Bürger:innen deutlich zugänglicher machen können.

Im weiteren Vorgehen ist nun wichtig, zwischen zwei Entwicklungspfaden zu unterscheiden:

- 1. Verstetigung:** Weiterbetrieb und Nutzung in Treptow-Köpenick, Vereinfachung der Abläufe, Vorbereitung der Wirkungsmessung und des Probetriebs.
- 2. Skalierung:** Nutzung des Codes und Weiterentwicklung der Plattform in eine landesweit nutzbare, bürgerfreundliche Lösung für partizipative Projektförderungen.

Beide Ebenen müssen zusammengedacht werden, aber sie haben unterschiedliche Anforderungen, Zeiträume und Verantwortlichkeiten.

Verstetigung und Probebetrieb in TK

Der Bezirk spielt in den kommenden zwei Jahren eine wichtige Rolle: Mit dem Zuschlag für ein Folgeprojekt entscheidet sich, ob der digitale Prozess unter realen Bedingungen getestet werden kann, den analysierten Optimierungsbedarfen Stand hält, ob die Zielgruppen erreicht werden und welche Prozessschritte weiter optimiert werden müssen.

Die Verstetigung in Treptow-Köpenick ist damit kein formaler Übertrag aus dem Projekt, sondern wichtiger Schritt in einen Probetrieb, der Voraussetzung für jede weitere landesweite Entscheidung ist.

Konkrete Handlungsempfehlungen für den Bezirk

1. Probetrieb technisch und organisatorisch absichern

- Externes Hosting über kiezkasse.de (über einen externen IT-Dienstleister) bis 2027 fortführen – klare Verantwortlichkeiten, Supportwege und Sprint-Zyklen definieren.
- Politische Absicherung durch einen BVV-Beschluss zu Nutzung der Applikation im Probetrieb und der Öffentlichkeitskampagne.
- Verwaltungsseitig klare Rollen klären: SPK als fachliche Steuerung (Product Owner) und über Senatsverwaltung finanzierte Stelle für Prozessbegleitung und Dokumentation sicherstellen.
- Schulungen zur Applikationsnutzung bei Verwaltungsmitarbeitenden anbieten.

2. Öffentlichkeitsarbeit verbindlich umsetzen

- Kampagne vollständig ausrollen; das entsprechende Material wurde entwickelt und übergeben, es muss nun auch genutzt werden, um Bürger:innen zu erreichen.
- Starterkit (ebenfalls durch BVV-Beschluss) als verbindliche Grundlage für Kiezpat:innen etablieren.

3. Evaluation etablieren und Ergebnisse nutzbar aufbereiten

- Baseline-Indikatoren liegen vor (zusammen mit CityLAB entwickelt).
- Ab 2026: systematische Erhebung, sowohl auf Versammlungen, als auch durch abschließende Umfrage aller Teilnehmenden am Ende des Kiezkassenprozess durch die Applikation.
- Den Raum für Beteiligung Treptow-Köpenick als Partnerin einbinden.

- Ergebnisse strukturiert dokumentieren, um in landesweite Weiterentwicklungen potenziell einfließen zu lassen.
- Regelmäßiger Austausch mit auf der Landesebene für das Thema und die Prozesse zuständigen Teams.

4. Politische Unterstützung sichern

- In den abschließenden Workshops mit Kiezpat:innen und CityLAB wurde deutlich: Der Erfolg im Bezirk hängt massiv von der BVV ab. Empfehlung:
- Proaktive Kommunikation, um Überzeugungsarbeit über Fraktionsgrenzen hinaus zu leisten für langfristige politische Unterstützung.
 - Spezielle Applikationseinführung für Kiezpat:innen
 - Kiezkassenversammlungen in Kooperation mit Raum für Beteiligung intensiv vorbereiten und begleiten, um Mehrwert der Applikation zu demonstrieren.
 - Frühzeitige Ansprache von potenziellen Skeptikern um Sorgen zu nehmen und konkrete Unterstützung anzubieten.
 - Kommunikationskonzept mit Argumentationshilfe vorbereiten (für Bürger:innen und Politik) in dem erwartbare Vorbehalte beantwortet werden.

Skalierung und Anschluss an landesweites Fachverfahren

Das Pilotprojekts hat deutlich gemacht, dass die Applikation keine Inselfösung bleiben darf. Eine digitale Lösung für partizipative Projektförderungen entfaltet ihren Mehrwert (in Berlin) erst, wenn sie in mehreren Bezirken angewendet und dafür mittelfristig in ein landesweites Fachverfahren überführt wird.

Denn der Fokus des Pilotprojekts war und ist nicht die Berliner Verwaltung, sondern Bürgerinnen und Bürger. Für sie ist am Ende egal, welche Stelle oder welche Verfahrenslogik hinter einem Prozess steht. Sie möchten sich schnell und gut darüber informieren, wie und wo sie finanzielle Förderung für eigene Ideen, Projekte und Initiativen erhalten. Darüber hinaus sollten sie sich den gesamten Prozess über gut begleitet fühlen. Eine Vereinfachung, Optimierung und Digitalisierung von Zuwendungsverfahren ist daher überfällig, doch sie sollte genau diesen bürgerzentrierten Ansatz in den Blick nehmen und dafür auch Förderkulissen mitbedenken, die eben genau nicht mit einem formalen Projektantrag starten, sondern nur mit einer Idee.

Im Rahmen von Bestandsanalyse und Ausschreibung wurde auch mit anderen Bezirken gesprochen, hier wurde immer wieder der Bedarf nach einem zentralen, übersichtlichen Informationspunkt für die vielfältigen Förderkulissen im Land Berlin betont. Im aktuellen „Dschungel“ von landesweiten und bezirklichen Fördertöpfen finden sich nur geübte Akteure zurecht, das bedeutet Intransparenz und hohe Barrieren für viele Bürger:innen, die darin nicht firm sind, sich jedoch sozial oder nachbarschaftlich engagieren wollen, Berlin mitgestalten und verbessern möchten.

Das Fachverfahren „Projekt Zuwendungen“ wurde in seiner ersten Phase von einem breiten Beteiligungsprozess begleitet,¹⁸ dieser darf aber nicht da aufhören, wo die technische Lösung ausgeschrieben wird, sondern muss im Thema Zuwendungen nachhaltig verankert werden. Dafür zu sensibilisieren und die Erfahrungen aus dem Pilotprojekt auf Landesebene einbringen zu können, ist einer der Kernerfolge des Projekts.

Konkrete Handlungsempfehlungen für das Land Berlin

1. Landesweite Governance schaffen

- Einrichtung einer zentralen Fach- und Verfahrensverantwortung für die entsprechende berlinweite digitale Lösung (Product Owner + kleines Kernteam). Denn: Die Digitalisierungsverantwortung liegt beim Land – Bezirke selbst können keine Fachverfahren starten. Die Unterstützung der Senatskanzlei in der Skalierungsphase ist dabei unentbehrlich.
- Anschließend: Weiterentwicklung einer Gesamtlösung auf Augenhöhe. Kooperation und Koordinierungsstruktur zwischen Bezirks- und Landesebene (in Abstimmung mit Landesredaktion, Berlin Online, ITDZ und CityLAB) sollten etabliert werden, um zu gewährleisten, dass wenigstens Teile der Applikation im landesweiten Verfahren zum Einsatz kommen. Außerdem wäre es wünschenswert, wenn UX-Standards für den digitalen Antrag, die bereits vom CityLAB erarbeitet wurden, in die Entwicklung einfließen.

- Klare Rollenteilung: Bezirk = Nutzung und Feedback; Land = strategische Steuerung, technische Weiterentwicklung zum Beispiel um weitere Funktionen wie eine bürger:innen- und gemeinwohlorientierte Fördermittelsuche zu integrieren.

2. Skalierungsstrategie umsetzen (2027-2030)

- Phase 1 (2026-27): Den Probebetrieb in Treptow-Köpenick und Marzahn-Hellersdorf konsolidieren, mit allen Beteiligten Zielgruppen auswerten und dabei die Landesebene eng einbinden, um die gesammelten Erfahrungen ins laufende Fachverfahren einfließen zu lassen.
- Phase 2 (2027-28): Ergebnisse und erprobte Komponenten der Applikation werden Teil der Entwicklung auf Landesebene.
- Phase 3 (ab 2028): Berlinweite Bereitstellung als Gesamtlösung für alle Förderkulissen.

18

[Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung \(Berlin\). \(n.d.\).](#)

Skalierung außerhalb Berlins: Wissenstransfer und Weiterentwicklung via GitLab

Das Projekt wurde von Beginn an als Open-Source-Vorhaben im Sinne von „Public Money, Public Code“ konzipiert. Dieser Ansatz folgt der Überzeugung, dass mit öffentlichen Mitteln entwickelte Software der Allgemeinheit gehören und von ihr weiterverwendet, geprüft und weiterentwickelt werden können soll.¹⁹ Im Projektverlauf zeigte sich jedoch, dass dieser Open-Source-Gedanke durch die enge Verzahnung mit bestehenden Verwaltungslogiken, künftigen Fachverfahrensanforderungen und Verstetigungsdiskursen zunehmend in den Hintergrund rückte.

Die Diskussion um Verstetigung und Skalierung konzentrierte sich stark auf eine mögliche Integration in die Berliner Verwaltungslandschaft. So sinnvoll und notwendig diese Perspektive ist, greift sie aus Open-Source-Sicht zu kurz. Der eigentliche Mehrwert einer offenen Anwendung liegt nicht primär darin, dass ihr Code – oft kostengünstig und gemeinwohlorientiert entwickelt – perspektivisch in geschlossene Fachverfahren überführt wird. Vielmehr liegt er darin, dass der Code frei verfügbar bleibt und von anderen Akteur:innen aufgegriffen, adaptiert und in neue Kontexte übersetzt werden kann.

Gerade hier eröffnet sich ein bislang wenig ausgeschöpftes Potenzial: Über GitLab steht der Code der Kiezkassen-Applikation öffentlich zur Verfügung²⁰ und könnte von Entwickler:innen, Kommunen oder zivilgesellschaftlichen Initiativen genutzt werden, um ähnliche Lösungen für andere Förderkulissen, Beteiligungsformate oder Verwaltungsprozesse zu entwickeln. Aus Projektsicht wäre es ausdrücklich wünschenswert, wenn sich externe Akteur:innen den Code aneignen, vereinfachen, umbauen oder weiterdenken – auch jenseits der Berliner Anforderungen. Dafür bedarf es aber einer aktiven Vernetzung und Steuerung, die aus Sicht des Projektteams am ehesten über die Senatskanzlei/das Team Smart City oder das CityLAB/die Technologiestiftung erfolgen kann:

- 1. Qualitäts- und Vertrauenssignale systematisch hochziehen:** Für das Repository die auf openCode vorgesehenen Instrumente konsequent nutzen (insb. Badge-Programm/Qualitätsnachweise, SBOM/Komponentenliste, Security-Unterstützung wie DevGuard) und damit Wartungsstand, Wiederverwendbarkeit und Supply-Chain-Risiken transparent machen. Das erhöht die Chance, dass andere Verwaltungen die Lösung überhaupt in eine Vorprüfung aufnehmen.
- 2. Nachnutzung „produktfähig“ machen (Quickstart + Demo + klare Betriebshinweise):** Eine schlanke „Starten & Bewerten“-Strecke veröffentlichen, die auch ohne tiefes GitLab-Know-how funktioniert: (1) öffentliche Kurz-Doku/Landingpage (Was ist es? Für wen? Was braucht man?), (2) ein reproduzierbares Standard-Setup (z. B. Docker-Start), (3) kompakte Betriebsanforderungen (Hosting-Optionen, Rollen/Rechte, Backups). Ziel: Externe sollen die Lösung schnell ausprobieren und fachlich einordnen können.

- 3. Aktive Anschlussfähigkeit herstellen (statt passiver Veröffentlichung):** Eine feste Ansprechbarkeit (Funktionspostfach + sichtbare Zuständigkeit) und einen einfachen Beitrags-Einstieg etablieren (Issue-Templates, „good first issues“, grobe Roadmap) – und das Ganze aktiv in die openCode-Community tragen (Discussions/Events, Vernetzung mit interessierten Kommunen). So entsteht reale Nachfrage und ein Weg, wie Dritte Feedback geben oder beitragen können.

¹⁹ [Free Software Foundation Europe \(FSFE\). \(n.d.\).](#)

²⁰ [openCode.de Kiezkassen-Applikation](#)

KAPITEL 6: FAZIT UND DANK

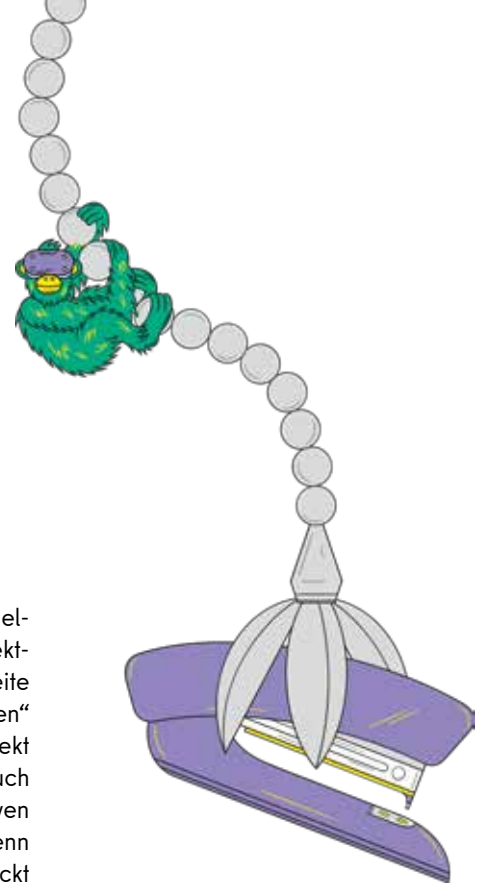
Es waren zwei bewegte, spannende, manchmal anstrengende und vor allem lernintensive Jahre im Pilotprojekt Smarte Partizipation. Das Tandem aus Bezirksamt und externem Büro hat sich bewährt, weil wir immer wieder gegenseitige blinde Flecken aufzeigen konnten, uns austauschen, „einnorden“ und auch mal streiten konnten. In unserem Projektverständnis gab es immer zwei Perspektiven, die miteinander verhandelt werden mussten: AG.URBAN als Expertin für partizipative Prozesse und nicht-Verwaltung verstand sich auch als Hüterin der Perspektive von Bürger:innen, die Zugang zu einem fairen, transparenten und vor allem für sie möglichst unkomplizierten Verfahren erhalten sollten. Die SPK hat mit ihrer tiefen Verwaltungskennntnis dafür gesorgt, dass die entwickelte Lösung nicht da aufhört, wo Bürger:innen ihre Idee abgeben, sondern ein kompletter „Geschäftsprozess“ so optimiert wird, dass er verwaltungsseitig besser zu bewältigen ist, was wiederum der Bürgerschaft zugutekommt, da sich potenziell Bearbeitungszeiten und Rückfragen signifikant verringern können.

Angesichts des vergleichsweise kleinen Budgets des Pilotprojekts sind die Projektergebnisse aus unserer Sicht ein großer Erfolg:

- ein fertiger Prototyp der bereits in einem anderen Bezirk Anwendung findet,
- eine im Bezirksamt erprobte Applikation, die künftig gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern in Treptow-Köpenick weiterentwickelt werden soll, sowie
- eine überzeugende Öffentlichkeitskampagne, die nur noch ausgerollt werden muss.

Das wichtigste Ergebnis ist jedoch vielleicht die Beharrlichkeit des Projektteams, Anschluss an das landesweite Fachverfahren „Projekt Zuwendungen“ zu finden, um mit einem Folgeprojekt dafür zu sorgen, dass in diesem auch die Anforderungen für alle partizipativen Förderkulissen einfließen können. Denn die Lücke, die das Projekt aufgedeckt und explizit gemacht hat ist, dass bei der Digitalisierung von Zuwendungen auch Anwendungsfälle von kleinen, bürgernahen Fonds oder Budgets mitgedacht werden müssen, die sich nicht an Träger oder Einrichtungen richten, sondern teils an Privatpersonen oder Nachbarschaftsvereine, die mit dem Wort „Zuwendung“ erstmal nichts anfangen können. Bei der Entwicklung einer berlinweiten Lösung muss auch berücksichtigt werden, was vor einem Projektantrag passiert, und dort, wo es um die Beteiligung von Bürger:innen geht, niedrigschwellig und verständlich kommuniziert werden.

Das Pilotprojekt war von Anfang an durch die Strategie Gemeinsam Digital: Berlin gut eingebettet und begleitet. Für das Projektteam war die Unterstützung von Senatskanzlei und CityLAB extrem wertvoll – denn die methodische Beratung, die GD:B-Community und der Austausch mit anderen Maßnahmenteamen öffnete immer wieder Perspektiven und Türen. Im Abschlussworkshop wurde diese Begleitung explizit als Erfolgsfaktor beschrieben: Das methodische Know-how, verbunden mit tiefem Verwaltungsverständnis, wurde als in Berlin einzigartig hervorgehoben bis hin zur Aussage „ohne wär’s gar nicht gegangen“. Für die hervorragende Unterstützung, und auch für die Möglichkeit, sich dank der Förderung durch den Bund im Rahmen von



MPSC in dieser Tiefe dem Kiezkassenprozess widmen zu können, möchte sich das Projektteam an dieser Stelle ausdrücklich bedanken.

GD:B schafft Synergien, weil sie Experimentierräume nicht isoliert, sondern als gemeinsames Lernsystem organisiert – mit Methoden, Netzwerkarbeit und Übersetzungsleistung zwischen verschiedenen Fachverwaltungen und Ebenen. Gleichzeitig beginnt für die Strategie jetzt die Bewährungsprobe: Die Ergebnisse müssen in die Berliner Verwaltungsrealität eingebettet werden, mit klaren Verantwortlichkeiten, tragfähigem Betrieb, kontinuierlicher Evaluation und dem politischen Rückhalt, ohne den bezirkliche Lösungen nicht resilient sind. Dass unser Projekt genau diese Logik ernst genommen hat – digitaler Prototyp als Blaupause, früh mitgedachte Skalierung, strukturierte Lern- und Entscheidungsräume und ein aktives Netzwerk – macht es beispielhaft, gleichzeitig ist die Reise des Projekts noch lange nicht vorbei.

Denn Verwaltungsmodernisierung ist kein Selbstzweck: Jede eingesparte Schleife, jeder vermiedene Medienbruch, jede klarere Verantwortlichkeit schafft Raum für die eigentliche Arbeit – und kommt am Ende auch Bürger:innen zugute, weil mehr Ressourcen in Wirkung statt in Administration fließen.

KAPITEL 7:

WAS WIR NOCH SAGEN WOLLEN



Aus Sicht des projektbegleitenden Büros bleiben noch ein paar abschließende Anmerkungen zur Eigenheit eines Berliner Pilotprojekts zu sagen und zu den Möglichkeitsräumen, die geöffnet oder auch geschlossen wurden, da in dieser Stadt nun oft andere Logiken herrschen als anderswo. Die folgenden Abschnitte spiegeln explizit nicht die Haltung der Senatskanzlei oder des Bezirksamtes Treptow-Köpenick wider.

Public Money, Public Code?

Open Source-Beauftragung bei mangelnder Bereitschaft, Open Source zu integrieren.

Berlin verfügt über erhebliche fachliche Kompetenzen, institutionelle Akteure und ambitionierte Zielsetzungen im Bereich Open Source.^{21, 22} In der Praxis zeigt sich jedoch ein bekanntes Muster: Open Source wird gern beauftragt, programmatisch eingefordert, im Verwaltungsalltag aber doch nur sehr begrenzt gelebt.²³ Für diese Erkenntnis brauchte es kein Pilotprojekt, unser Projekt hat diesen Umstand aber sehr anschaulich gemacht.

Wir haben eine Open-Source-Anwendung entwickeln lassen – und am Ende liegt der Code nun frei auf GitLab, jedoch fehlen zum Beispiel in den Bezirksämtern die Kompetenzen, diesen für sich selbstständig anzupassen und die Applikation direkt zu nutzen. Das bedeutet, dass von der sehr günstigen Entwicklung nun wahrscheinlich eher andere profitieren, als Berlin selbst. Denn es fehlt durchgehend an Einbettung, fachlicher Begleitung und an der Bereitschaft in den Verwaltungen, das Potenzial offener Software tatsächlich zu nutzen oder überhaupt als eigene Lösung zu begreifen.

Open Source wird in Berlin weiterhin wie ein Sonderfall behandelt: möglich, solange er keine zusätzlichen Anforderungen an Arbeitsweisen, Betrieb oder Zuständigkeiten mit sich bringt. Sobald jedoch kollaborative Entwicklung, iterative Anpassungen oder echte Nachnutzung ins Spiel kommen, stoßen die bestehenden Strukturen schnell an ihre Grenzen. Hohe Sicherheitsauflagen, restriktive Zugriffslogiken und fehlende, verwaltungsseitig nutzbare Kollaborationstools standen im Projekt in einem offensichtlichen Spannungsverhältnis zu den Prinzipien moderner Open-Source-Entwicklung. Beispielhaft dafür war für das Projektteam eine Teilnahme an der Testung von [Open Desk](#) – die Plattform hätte viele Herausforderungen der Zu-

sammenarbeit behoben und wurde von allen Teilnehmenden als Mehrwert eingestuft, eine Einführung in Berlin ist jedoch, trotz der angesichts von geopolitischen Entwicklungen drängenderen Anforderungen an digitale Souveränität, ungewiss.

Der Beschluss der Open-Source-Strategie vom Dezember 2025²⁴ kommt für unser Pilotprojekt zu spät, schafft aber nun theoretisch endlich den Rahmen, um diese Lücke zwischen Anspruch und Praxis zu schließen. Entscheidend wird sein, ob Open Source künftig frühzeitig in Projektlogiken integriert wird, ob Bezirke konkrete Unterstützung bei Betrieb und Weiterentwicklung erhalten – und ob offene Zusammenarbeit im Verwaltungsalltag überhaupt technisch ermöglicht wird. Andernfalls bleibt Open Source in Berlin vor allem eines: ein gutes politisches Versprechen mit überschaubarem praktischem Ertrag.

1 [Berlin Open Source. \(n.d.\).](#)

2 [IT-Dienstleistungszentrum Berlin \(ITDZ Berlin\). \(n.d.\).](#)

3 [Ziller, S. \(2025, 25. April\).](#)

4 [Senatskanzlei Berlin. \(2025, 9. Dezember\).](#)

Service, Beteiligung oder Förderung? Egal, Hauptsache auffindbar und digital

Verwaltungslogik ist nicht logisch.

Sowohl im MPSC-Kontext als auch seitens der Landesregierung werden die Themen Bürger:innenbeteiligung und Verwaltungsdigitalisierung stark getrennt gedacht. Grund dafür sind unter anderem Förderlogiken und die Verortung des Themas Smart City im Bauministerium sowie das in Berlin ebenfalls historisch gewachsene (und auch grundsätzlich sinnvolle) Zusammendenken von Bürger:innenbeteiligung als Teil der Stadtentwicklung. Diese strikte Trennung ist jedoch aus „Nutzer:innensicht“ bzw. für Bürger:innen nicht logisch. Bürger:innen haben den berechtigten Anspruch, dass ihre Kontaktpunkte mit der Verwaltung, sei es im Kontext der Inanspruchnahme von Dienstleistungen, weil Sie Ihre Rückmeldung zu einem Bauvorhaben einbringen möchten, oder weil sie Geld zur Umsetzung eines gemeinwohlorientierten Projekts beantragen möchten, einheitlich und unkompliziert gestaltet sind. So lässt sich argumentieren, dass auch eine gute Übersicht von Beteiligungs- oder Fördermöglichkeiten ein „Bürgerdienst“ ist und ins Repertoire des Serviceportals gehört. Die Verästelung und dezentrale Auflistung von im Ablauf doch immer wieder gleichen Prozessen ist für die Bürger:innen Berlins

extrem umständlich. Das Wissen über beispielsweise bezirkliche Förderkulissen und Beteiligungsinstrumente wie die Kiezkassen oder vergleichbare Stadtteildbudgets, sollte man sich nicht über einen Zeitraum von zwei Jahren mühsam aneignen müssen.

Anstatt nach und nach in zwölf Bezirken zwölf leicht unterschiedliche Verfahrensabläufe für individuelle Förderkulissen zu digitalisieren wäre es langfristig gedacht deutlich wirtschaftlicher, den Prozess für partizipative Förderkulissen landesweit zu standardisieren um auf eine gemeinsame Lösung zurückgreifen zu können. Auch deshalb ist ein Anschluss des Piloten an das Fachverfahren „Projekt Zuwendungen“ so vielversprechend – mit der Geschäftsstelle Geschäftsprozessmanagement der Berliner Bezirke²⁵ wurde bereits eine Modellierung des Ablaufs in Treptow-Köpenick vorgenommen, auf den in Zusammenarbeit mit den anderen Bezirksverwaltungen aufgebaut werden könnte. Wenn es gelingt, bei der noch zu entwickelnden Lösung im „Projekt Zuwendungen“ die Bedarfe für diese kleinen, beteiligungsrelevanten Förderkulissen mitzudenken, könnte eine extrem sicht- und fühlbare Verbesserung für alle Berliner:innen entstehen, die sich für ihre Nachbarschaft engagieren und selbstständig gemeinwohlorientierte Projekte durchführen möchten.

Innerhalb dieses aufwendigen Verwaltungsvorgangs darf jedoch die Perspektive der Bürger:innen nicht verloren gehen: Aus Sicht des Projektteams fehlt es zurzeit verwaltungsseitig im Bereich Digitalisierung an einer übergreifenden Strategie, die sich konsequent am Ansatz eines „Public Service Designs“ orientiert. So sind zum Beispiel alleine im vergangenen Jahr im Land Berlin diverse KI-Chatbots an den Start gegangen, die jedoch teils parallel entwickelt

wurden und zu jeweils unterschiedlichen Themenbereichen Auskunft und Hilfestellungen geben (DIWI-Chatbot der SenWEB,²⁶ Chatbot 115 für das Serviceportal,²⁷ BärGPT für Verwaltungsmitarbeitende²⁸). Hier wäre es wertvoll und spannend, zu prüfen inwiefern auch im Bereich Bürger:innenbeteiligung und Zuwendungen KI genutzt werden kann, um Nutzer:innen niedrigschwellig zu beraten und auf für sie relevante Seiten zu leiten.

Digitalisierung wird in Berlin – ähnlich wie auf Bundesebene – weiterhin stark aus fachlichen Zuständigkeiten heraus vorangetrieben. Vor diesem Hintergrund wäre es aus Sicht des Projektteams sinnvoll, die strategische Querschnittsrolle der Senatskanzlei gezielt zu stärken, um digitale Vorhaben stärker zu bündeln, parallele Einzelentwicklungen zu vermeiden und schrittweise eine gemeinsam getragene, konsistente Service-Architektur aufzubauen.

Berlin braucht Experimentier-räume - und Experimente brauchen Struktur

Flexibel bleiben und bestehende Ressourcen schonen, nutzen und stärken

Grade weil die Verwaltungsmühlen mit Fachverfahren, bezirksübergreifender Koordinierung und IKT-Vorgaben langsam mahlen, ist es umso wichtiger, in der Zwischenzeit von erkanntem Bedarf und Regelbetriebskonformer Lösung pilot- und modellhaften Lösungen nicht de-

21 [Berlin Open Source. \(n.d.\).](#)

22 [IT-Dienstleistungszentrum Berlin \(ITDZ Berlin\). \(n.d.\).](#)

23 [Ziller, S. \(2025, 25. April\).](#)

24 [Senatskanzlei Berlin. \(2025, 9. Dezember\).](#)

25 [Bezirksamt Pankow von Berlin \(n. d.\)](#)

26 [Einheitlicher Ansprechpartner Berlin \(n. d.\)](#)

fensiv sondern offen zu begegnen: viel der sogenannten „Schatten-IT“ entsteht nicht aus bösem Willen oder Unwissen, sondern mangels einsatzfähiger und vor allem kostengünstiger Alternativen. Gerade dort, wo Aufgaben mit hoher Bürger:innennähe anfallen und gleichzeitig wenig Handlungsspielraum besteht, ist der Reflex, sich „irgendwie zu helfen“, nachvollziehbar – und sollte als Signal verstanden werden: Es gibt einen echten Bedarf nach praxistauglichen, niedrigschwelligen Werkzeugen. Der Bedarf, der solche Behilfslösungen entstehen lässt hat weitreichende Implikationen: Berlin – und die Verwaltung allgemein – kann sich ineffiziente und hochbürokratisierte Prozesse schlicht nicht mehr leisten. Denn abgesehen von der hohen Vakanzquote, insbesondere in den Bezirken, steigt der Druck auf Verwaltung und Stadtgesellschaft gleichzeitig: Fördermittel werden vielerorts gekürzt, was die Zivilgesellschaft unmittelbar belastet; gemeinwohlorientierte Projekte finden seltener verlässliche Projektfinanzierungen; und dort, wo Mittelvergabe und Steuerung unnötig ressourcenintensiv sind, gehen am Ende Zeit, Geld und Motivation verloren – bei Antragstellenden ebenso wie in der Verwaltung.

Damit Experimente nicht zur Dauerprovisorien-Falle werden, brauchen sie aber Struktur: Verstetigung ist kein „letzter Schritt“, sondern – wie im GD:B-Leitfaden betont – ein fortlaufender Prozess der Verankerung und Integration neuer Instrumente in Arbeitsprozesse, inklusive technischer Spezifikation, Betrieb, Weiterentwicklung, Skalierung und Wissenstransfer.

Wir blicken daher hoffnungsvoll und gespannt auf den weiteren Verlauf des Projekts – sowohl auf den Rollout von Applikation und Öffentlichkeitskampagne im Bezirk, sowie auf die Entwicklungen im landesweiten Projekt Zuwendungen. Die Voraussetzungen für Verstetigung statt „Schublade“ sind geschaffen, und das Pilotprojekt hat aufgezeigt, wie ein Digitalisierungsvorhaben tatsächlich bürgernah und bedarfsorientiert gestaltet werden kann. Nun gilt es, dieses Potenzial zu nutzen.



Projektpitch auf der Smart Country Convention 2025



Projektpitch vor CDO Martina Klement auf der CityLAB Sommerkonferenz 2025

QUELLENVERZEICHNIS

- (1) Initiative D21 e. V. (2024). eGovernment MONITOR 2024 (Presse-/Infodokument) [PDF]. Abgerufen am Dienstag, 21. Oktober 2025, von https://initiated21.de/uploads/03_Studien-Publikationen/eGovernment-MONITOR/2024/PM_eGovernment-Monitor-2024.pdf
- (2) European Commission. (2024). Germany 2024 Digital Decade country report. Abgerufen am Montag, 6. Oktober 2025, von <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/factpages/germany-2024-digital-decade-country-report>
- (3) Smart Country Berlin. (n.d.). Digitalisierung der Verwaltung. Abgerufen am Mittwoch, 19. November 2025, von <https://www.smartcountry.berlin/de/digitalisierung-der-verwaltung>
- (4) CityLAB Berlin. (n.d.). Smart City. Abgerufen am Donnerstag, 13. November 2025, von https://citylab-berlin.org/de/projects/smart_city/
- (5) Smart City Dialog. (n.d.). Modellprojekte Smart Cities. Abgerufen am Montag, 10. November 2025, von <https://www.smart-city-dialog.de/ueber-uns/modellprojekte-smart-cities>
- (6) Smart City Dialog. (n.d.). Umfrage: Smart City wenig bekannt. Abgerufen am Freitag, 24. Oktober 2025, von <https://www.smart-city-dialog.de/aktuelles/news/umfrage-smart-city-wenig-bekannt>
- (7) Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin. (n.d.). Kiezkassen. Abgerufen am Montag, 20. Oktober 2025, von <https://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/aktuelles/buergerbeteiligung/kiezkassen/>
- (8) Berlin Institut für Partizipation. (n.d.). Bürgerbudgets in Deutschland: Formen, Bedeutung und Potentiale zur Förderung politischer Teilhabe und bürgerschaftlichen Engagements [PDF]. Abgerufen am Dienstag, 6. Januar 2026, von <https://partizipation.at/wp-content/uploads/2022/04/berlin-institut-partizipation-buergerbudgets-in-deutschland.pdf>
- (9) Lück-Schneider, C. (2025). Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung in Berlin. In S. Bröchler & B. Höhne (Hrsg.), Politik und Regieren in Berlin (S. 397-414). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-47137-8_18. Abgerufen am Donnerstag, 16. Oktober 2025, von https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-47137-8_18
- (10) Rienaß, S. (2025). Verwaltungsreform in Berlin - eine unendliche Geschichte. In S. Bröchler & B. Höhne (Hrsg.), Politik und Regieren in Berlin (S. 415-434). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-47137-8_19. Abgerufen am Dienstag, 16. Dezember 2025, von https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-47137-8_19
- (11) openCode.de. (n.d.). Konsultationsprozesse. Abgerufen am Donnerstag, 30. Oktober 2025, von <https://opencode.de/konsultationsprozesse>
- (12) openCode.de. (n.d.). Konsultationsprozesse. Abgerufen am Freitag, 31. Oktober 2025, von <https://opencode.de/konsultationsprozesse>
- (13) Otto, M. (2023). Aktive Bürger*innen!? Responsibilisierung und unbeabsichtigte Folgen von Beteiligung in der Berliner Quartiersentwicklung. In H. Geißel & O. Dennert (Hrsg.), Stadt. Raum. Institution (S. 145-170). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-41824-3_12. Abgerufen am Freitag, 12. Dezember 2025, von https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-41824-3_12
- (14) Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin. (n.d.). Pilotprojekt „Smarte Partizipation“ - Toolentwicklung. Abgerufen am Dienstag, 18. November 2025, von <https://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/politik-und-verwaltung/service-und-organisationseinheiten/sozialraumorientierte-planungskoordination/bezirkskoordination/artikel.1379211.php>
- (15) Silbernetz. (n.d.). Silbernetz. Abgerufen am Mittwoch, 10. Dezember 2025, von <https://silbernetz.org/>
- (16) Zentral- und Landesbibliothek Berlin. (n.d.). Digital-Zebra. Abgerufen am Donnerstag, 2. Oktober 2025, von <https://www.zlb.de/digital-zebra/>
- (17) BVV Treptow-Köpenick über https://bv-treptow-koepenick.berlin.de/pi-r/vo020_r.asp?VOLFDNR=7232
- (18) Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung (Berlin). (n.d.). Projekt Zuwendungen (Seite zum Vorhaben). Abgerufen am Donnerstag, 20. November 2025, von <https://www.berlin.de/sen/asgiva/service/zuwendungen/projekt-zuwendungen-1340226.php>
- (19) Free Software Foundation Europe (FSFE). (n.d.). Public Money, Public Code. Abgerufen am Montag, 19. Januar 2026, von <https://publiccode.eu/de/>
- (20) Open Code.de. Kiezkassen-Applikation [Quellcode-Repository]. GitLab. Abgerufen am Freitag, 9. Januar 2026, von <https://gitlab.opencode.de/berlin/smar-te-partizipation>
- (21) Berlin Open Source. (n.d.). Berlin Open Source. Abgerufen am Donnerstag, 8. Januar 2026, von <https://berlinopensource.de/>

(22) IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ Berlin). (n.d.). Das Open Source Kompetenzzentrum (OSK). Abgerufen am Freitag, 7. November 2025, von <https://www.itdz-berlin.de/dienstleistungen/services/open-source-kompetenzzentrum/artikel.1379829.php>

(23) Ziller, S. (2025, 25. April). Digitale Souveränität in Berlin: Quellcode von OpenSource unbekannt. Abgerufen am Mittwoch, 3. Dezember 2025, von <https://stefan-ziller.eu/2025/digitale-souveraenitaet-in-berlin-quellcode-von-opensource-unbekannt/>

(24) Senatskanzlei Berlin. (2025, 9. Dezember). Senat beschließt die Open-Source-Strategie für das Land Berlin [Pressemitteilung]. Abgerufen am Dienstag, 25. November 2025, von <https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2025/pressemitteilung.1624364.php>

(25) Bezirksamt Pankow von Berlin. (n.d.). Geschäftsstelle Geschäftsprozessmanagement der Berliner Bezirke. Abgerufen am Dienstag, 11. November 2025, von <https://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/geschaeftsstelle-geschaeftsprozessmanagement/>

(26) Einheitlicher Ansprechpartner Berlin (EA Berlin). (n.d.). DIWI-Chatbot. Abgerufen am Montag, 13. Oktober 2025, von <https://www.berlin.de/ea/chatbot/>

(27) ServicePortal Berlin. (n.d.). KI-Chatbot. Abgerufen am Montag, 27. Oktober 2025, von <https://service.berlin.de/ki-chatbot/>

(28) dpa. (2025, 25. November). BärGPT soll bei Routineaufgaben helfen: Berlin setzt auf eigenen KI-Assistenten in der Verwaltung. Der Tagesspiegel. Abgerufen am Freitag, 14. November 2025, von <https://www.tagesspiegel.de/berlin/bargpt-soll-bei-routineaufgaben-helfen-berlin-setzt-auf-eigenen-ki-assistenten-in-der-verwaltung-14937878.html>



